6. Jahrg. Nr. 155A

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pf.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern" und den Beilagen „Die Tribüne", „Die Kommunistin", „Der Jungproletarier", „Die Rote Sichel".

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seitendorf, Neu-Salzbrunn, Nieder-Salzbrunn, Weißstein, Wüstegiersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige

Sonnabend, 25. Oktober 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2.— Gm wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Kioske 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 31059 — Fernsprecher: Breslau, Ring 3887.

Wahlen des weißen Terrors.

Unvollständige Liste der Wahlmaßnahmen gegen die KPD.

Da nur ein Bruchteil der Terrormaßnahmen der Behörden den Parteizeitungen gemeldet wird, ist der Bericht darüber, den wir aus den Mitteilungen unserer Bruderzeitungen im Reiche zusammengestellt haben, im höchsten Grade lückenhaft.

Verhaftete Reichstagsabgeordnete:

1. Emil Höllein,
2. Peter Maslowski,
3. Eugen Eppstein.

Verhaftete Funktionäre:

1. Oswald, Jena
2. Trabnitz, Jena
3. Saale, Solingen
4. Opitz, Stuttgart
5. Graichen, Hannover
6. Gentsch, Hannover, früher Schlesien.
7. 300 Funktionäre, Hannover.

Haussuchungen verbunden mit Beschlagnahme und Vandalismus:

1. Scholem M. d. R., Berlin
2. Stetter M. d. R., Stuttgart
3. Müller M. d. R., Stuttgart
4. Stöcker M. d. R., Berlin
5. Bierath M. d. R., Berlin
6. Orhlowicz M. d. R., Berlin
7. Strötzel M. d. R., Leipzig
8. Koenen M. d. R., Berlin
9. Münzenberg M. d. R., Berlin
10. Schlecht M. d. R., Berlin
11. Heidemann M. d. R., Königsberg
12. Schumann M. d. L., Königsberg
13. Ebner M. d. R., Frankfurt
14. Schnetter M. d. L., Berlin
15. Abel, Obernkirchen
16. Heumann, Obernkirchen
17. Bezirkssekretariat der KPD. Hannover
18. Bezirkssekretariat der KPD. Berlin
19. Bezirkssekretariat der KPD. Breslau
20. Bezirkssekretariat der KPD. Königsberg
21. Bezirkssekretariat der KPD. Hamburg
22. Bezirkssekretariat der KPD. Stuttgart
23. Bezirkssekretariat der KPD. Halle
24. Bezirkssekretariat der KPD. Kassel
25. Bezirkssekretariat der KPD. Mannheim
26. Bezirkssekretariat der KPD. Bremen
27. Bezirkssekretariat der KPD. Frankfurt a. M.
28. Bezirkssekretariat der KPD. Chemnitz
29. Bezirkssekretariat der KPD. Magdeburg.

Ferner Haussuchungen und Beschlagnahme in fast allen kommunistischen Buchhandlungen u. Verlagen

Haussuchungen in allen kommunistischen Zeitungsbetrieben.

Beschlagnahme der „Hamburger Volkszeitung".

Haftbefehl gegen sämtliche 62 kommunistische Reichstagsabgeordnete.

Hochverratskomödie gegen von Graefe.

„Deutschvölkische und Kommunisten müssen geschlagen werden!" So lautet der Kampfruf der deutschen Regierung. Wie es mit dem „Schlagen" der Deutschvölkischen bestellt ist, zeigt das Verhalten der Behörden gegen die Hochverräter vom 9. November in München, gegen Graefe, Kahr, Seisser und Lossow. Sie sind nicht etwa verhaftet, sondern — sehr eingehend vernommen worden!" Die gesamte KPD.-Führerschaft wird wie Freiwild durchs Land gejagt, ohne Haftbefehl verhaftet, jeder Wahlagitation beraubt, während die offenen Hochverräter der Rechten — vernommen werden.

Parteigenossen!

Die Bourgeoisie fürchtet die KPD. Sie will uns zerschlagen. Sie will uns die Möglichkeit jeder legalen Arbeit nehmen. Sie will einen kommunistenreinen Reichstag mit dem Zuchthausterror erzwingen um dort, unkontrolliert und ungestört durch kommunistische Abgeordnete, die Werktätigen verraten und knebeln zu können.

Parteigenossen! Macht das Spiel zunichte! Mobilisiert die Massen zur Wahlschlacht! Laßt Euch nicht einschüchtern durch den Terror! Nun erst recht! Die Wahlschlacht muß gewonnen werden!

Zur Reichstagswahl.

Man glaubt schon einen ganz gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich frei gemacht hat vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie.

F. Engels.

„Hie Republik — hie Monarchie!" Unter diesem Kampfruf zieht die SPD. in die Wahlschlacht. Was bedeuten die Begriffe „Republik" und „Monarchie" für die Arbeiterschaft? Welchen Klasseninhalt haben sie?

Es gibt zweierlei Arten von Monarchie: die feudale, absolute, in der die Junker und der Adel mehr Macht in der Hand haben als die Bourgeoisie, und die moderne, in ihren Rechten durch ein Parlament beschränkte, in der die Bourgeoisie die entscheidende politische Gewalt besitzt. Der König kann in einer modernen Monarchie zu einer bloßen Schattenfigur herabsinken, wie z. B. in England. Wir können ohne weiteres sagen, daß der englische Staatsapparat, trotz des beigefügten Monarchen, fortschrittlicher ist als die deutsche Republik, daß es den englischen Arbeitern wirtschaftlich weit besser geht und daß sie mehr Rechte genießen als die Arbeiter der deutschen Republik. Aber die deutschen Sozialdemokraten verschweigen den Massen wohlweislich, daß der englische Staat eine parlamentarische Monarchie ist, weil damit die Sinnlosigkeit der Parole „Republik oder Monarchie" offenbar würde.

Die deutsche Sozialdemokratie zieht es vor, der wilhelminischen Monarchie die ebertinische Republik entgegenzustellen. Aber auch hier besteht kein grundsätzlicher Unterschied. Die alte Monarchie hatte zwar einen stärkeren, feudalen, junkerlichen Anstrich als die heutige Republik. Aber schon in der alten Monarchie war die Bourgeoisie stärker als die Feudalen, die Junker, wenn es auch dem oberflächlichen Beobachter oft umgekehrt erschien. Umgekehrt haben auch heute in der Republik die Junker und Feudalen einen sehr starken Einfluß, zumal ja, damals wie heute, die Interessen der Junker mit denen der Kapitalisten zum großen Teil übereinstimmen, besonders, wenn es gegen die Arbeiter geht.

Und wie steht es mit dem Begriff der „Republik"?

Es gibt zwei einander entgegengesetzte Arten von Republiken: eine bürgerliche und eine proletarische.

Eine Republik, in der alle Großbetriebe von Stadt und Land in der Hand der Kapitalistenklasse sind, in der also eine kapitalistische Wirtschaftsform besteht, besitzt naturnotwendigerweise auch einen kapitalistischen Staatsapparat. Denn nach der Lehre von Karl Marx ist der Staatsapparat im Besitz derjenigen Klasse, die die Wirtschaft beherrscht, sie wendet den Staatsapparat an, um diese ihre wirtschaftliche Macht zu halten und zu festigen. Daran ändert keine Wahl mit allgemeinem und gleichem Stimmrecht auch nur das geringste. Eine solche kapitalistische Republik ist der deutsche Staat von 1918 an, von der rein sozialdemokratischen Regierung der Volksbeauftragten, bis zur gestürzten Regierung Marx.

Eine Republik hingegen, in der die wichtigsten, die Großbetriebe im Besitz des Staates sind, der sie nationalisiert, sozialisiert hat, trägt proletarischen Charakter. Hierbei spielt die Wahlordnung nur eine formale Rolle. Der Staat bleibt proletarisch, ob die Kapitalisten mit demselben Stimmrecht an den Wahlen teilnehmen dürfen wie die Arbeiter, oder ob sie von der Wahl ausgeschlossen sind. Der Staatsapparat einer solchen Republik, deren Wirtschaft in Allgemeinbesitz überführt worden ist, wird stets zugunsten der Werktätigen gegen alle Anschläge der Kapitalisten eingesetzt werden, wie z. B. der russische Sowjetstaat.

Es ist klar: Der Unterschied zwischen Monarchie und bürgerlicher Republik ist kleiner als der zwischen kapitalistischer und proletarischer Republik. Der erste Unterschied ist nur äußerlicher Natur, der andere dagegen ist ein grundsätzlicher, unüberbrückbarer, genau so grundsätzlich und unüberbrückbar wie der Gegensatz zwischen den Kapitalisten und den Proletariern. Es liegt im Interesse der Kapitalisten, ihre Betriebe zu behalten, im Interesse der Arbeiter, sie in Allgemeinbesitz zu überführen. Deswegen werden die Kapitalisten mit allen Mitteln, nicht nur mit friedfertigen, die Wegnahme ihrer Betriebe, ihre Sozialisierung zu verhindern suchen und der Errichtung einer proletarischen Republik entgegenarbeiten, die ihre Betriebe sozialisieren will.

Nicht „Monarchie oder Republik" kann die Losung der Arbeiterschaft sein, wie es die SPD. verkündet, sondern:

Bürgerliche oder proletarische Republik!

das heißt:

Diktatur des Kapitals oder unumschränkte Herrschaft der Arbeiterschaft!

Darum fort mit der Wahlparole der SPD.! Kämpft mit den Kommunisten für den proletarischen Staat, den zu erkämpfen mehr kostet als einen Stimmzettel!

Der englische Wahlkampf.

(Letzter Drahtbericht.)

Berlin, 24. Oktober.

In England vermehren sich die Zusammenstöße in Wahlversammlungen täglich. Teils werden die Versammlungen von faschistischen Verbänden gesprengt, teils verhindern die Arbeiter liberale und konservative Versammlungen. In Glasgow wurde der Kandidat Horne am Sprechen verhindert. In London können die Konservativen fast keine Versammlung zu Ende führen. Die Arbeiter stimmen in jeder Versammlung das Kampflied „Die Rote Fahne" an. Die Presse schiebt den heftigen Wahlkampf dem wachsenden Einfluß der Kommunisten zu.

In dem „feudalen" und „bornierten" England werden Versammlungen gesprengt. Ein Beweis dafür, daß die Klassengegensätze sich vertiefen heben und daß auch in England die Arbeiterschaft sich aktiv mit ihren Feinden auseinanderzusetzen beginnt.

Streiks in Italien.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Oktober.

Im Lande der faschistischen Diktatur ist eine große Streikbewegung im Gange. In Mailand sind die Metallarbeiter bereits in den Streik getreten. Falls die geforderten Lohnerhöhungen nicht bewilligt werden, ist mit einer Ausdehnung der Bewegung auf die Eisenbahner zu rechnen.

Berlin, 24. Oktober.

In Rom sind die Müllen- und Zigarettenarbeiter in den Streik getreten. Sie verlangen eine beträchtliche Lohnerhöhung.

Täglich mehren sich die Nachrichten über ausbrechende Streiks in Mailand. Der Faschismus wirtschaftet schneller ab, wie er sich hat triumphieren lassen. Die Radikalisierung der italienischen Arbeiter ist zum größten Teil der aktiven, aber illegalen Kommunistischen Partei zuzuschreiben.

Ludendorff wird als Ehrenmitglied erneut von der nationalsozialistischen Freiheitspartei aufgestellt.

Die Revue erneut beschlagnahmt.

Der Kampf der deutschen Republik gegen die Republikaner geht weiter. Auch die neuste Nummer der „Revue" wurde von der Breslauer Polizei beschlagnahmt. Dagegen wurde Gathmann aus der Untersuchungshaft entlassen. Das Verfahren gegen ihn wegen Landesverrat geht weiter. Der Staatsanwalt will sich durchaus blamieren. Nun, möge er es tun!

Das Gothaer Kampforgan.

Die Stimmen für Gotha mehren sich. Im Bezirke Torgau-Liebenwerda fanden eine Reihe öffentlicher Gewerkschafts-Versammlung statt, die sich mit dem Gothaer ADGB. solidarisieren.

Der Ortsausschuß Gotha des ADGB. teilt mit, daß die Gothaer Gewerkschaften in den letzten Wochen etwa 400 Neuaufnahmen hatten, und daß täglich mehr in die Gewerkschaft zurückkommen, da die Arbeiter das Vertrauen infolge der Aktivität des Kartells wiedergewinnen.

Achtung! Arbeiter-Sportler!

Unsere Montag-Ausgabe bringt jetzt

Arbeitersport vom Sonntag

Kauft! Lest! Weitergeben!

Legalisierung der Mordorganisation C.

Der Staatsgerichtshof, der unzählige Zuchthausurteile über proletarische Klassenkämpfer gefällt hat, beschäftigt sich jetzt mit etwa 30 Angeklagten der Mordorganisation C. Bei keinem dieser Angeklagten handelt es sich um eine Anklage wegen Mordes, obgleich die Organisation C der Generalstab ist, der die Morde und Attentate auf Erzberger, Rathenau und Scheidemann organisiert hat. Da man die Angeklagten nur wegen Geheimbündelei vor Gericht gestellt hat, können wir schon jetzt das Urteil sagen. **Das bürgerliche Gesetz sieht eine Höchststrafe von einem Jahr für Geheimbündelei vor.**

Das Drum und Dran bei der Verhandlung können wir uns denken, wenn wir uns an den Hitlerprozeß erinnern: **„Meine Herren", „Bitte nehmen Sie Platz". „Deutsche Männer", „Deutsche Ehre"** usw.

Ein großer Teil der Vernehmung findet unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Die beiden sozialdemokratischen Beisitzer des Staatsgerichtshofes fühlen sich in „anständiger" Gesellschaft. Es ist selbstverständlich, daß alle Angeklagten auf freiem Fuß stehen. Die Voruntersuchung hat schon drei Jahre gedauert. Die Organisation Consul wird durch den Leipziger Prozeß noch ein größeres moralisches Ansehen bekommen und wird fortan **den Namen tragen: „Mordorganisation zum Schutze des deutschen Staates".**

•

Zuchthausurteile gegen Kommunisten! Zügellose Kommunistenhetze und Verfolgungen, das ist die bisherige Geschichte des Staatsgerichtshofes. Die Sozialdemokraten Heine, Wissel, Plutow, Brandes und Lange sind würdige Beisitzer des Staatsgerichtshofes und wir werden aus dem Urteil gegen die Organisation C ersehen, daß aus dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ein Gerichtshof zum Schutze der Mordorganisationen geworden ist.

In der Freitagverhandlung wurde die Vernehmung geschlossen und Reichsanwalt Niethammer hielt als Anklagevertreter das Wort. Das Reichsgericht verhängt gegen Kommunisten schamlose Urteile. Was sagt aber Niethammer zu seinen deutschvölkischen Brüdern? Er führte unter anderem aus: **„Wir haben nicht zu entscheiden, ob Kapitän Ehrhardt ein Hochverräter war.**

Ich spreche nicht für und nicht gegen Ehrhardt. Material über Geheimbündelei ist nicht gefunden worden. Es ist ganz klar, daß die Angeklagten, da sie über andere Strafen nicht verfügen konnten, die Feme wählten. Die Aufstellung des Regiments Süd war die vornehmste Organisation, aber die Aufgabe war schwerer als die Angeklagten glaubten.

Der Behörde gegenüber ist nichts verheimlicht worden."

Nach Schluß der Lobeshymne auf die Organisation C. beantragte der Reichsanwalt folgende Strafen: Gegen Hoffmann 750 Mk. Geldstrafe bereits verbüßt. Gegen Killinger 660 Mk., gegen Müller 450 Mk., Kauter 600 Mk., Henrich 300 Mk., Siebel 300 Mk., Broeren 300 Mk., Henkel 300 Mk., Krebs 300 Mk. Bei allen diesen Angeklagten sei die Strafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt zu betrachten. **Alle übrigen Angeklagten sollen freigesprochen werden.**

Die „Anklagerede" des Anwaltes des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ist eine Farce. Noch ungeheuerlicher jedoch sind die beantragten Strafen. Welchem Arbeiter muß man noch sagen, daß die Republik die schlimmste verkappteste Diktatur der Kapitalistenklasse mit ihrer Justiz darstellt.

Regierungsgelder für Faschisten.

Aus kleinen Anfragen eines polnischen Abgeordneten im Preußischen Landtag ergibt sich, daß der Oberpräsident von Ostpreußen und der Regierungspräsident von Allenstein die faschistische Organisation „Ostpreußischer Heimatdienst" wiederholt mit Geld unterstützt haben. Ebenso werden bewaffnete Organisationen in Oberschlesien trotz vielfacher Beschwerden der gewerkschaftlichen Organisationen weiter geduldet, so daß diese illegalen Formationen regelmäßig Sold und Waffen austeilen können.

Ein Sozialdemokrat über Erfüllungspolitik.

Die deutsche sozialdemokratische Partei hat sich klar und eindeutig nach Westen orientiert. Mag Hilferding nach England blicken, Quessel aber nach Frankreich; beide sind jedenfalls der Meinung, daß Deutschland seine Beziehungen zu den westlichen Mächten immer enger knüpfen müsse.

Nun sind aber die Westmächte hochkapitalistisch; ein schwaches Deutschland, das sich an sie anlehnte, müßte alsbald in völlige Abhängigkeit von westlich-kapitalistischen Einflüssen geraten.

Durch ihr betont westliche außenpolitische Einstellung setzte sich die Sozialdemokratie in tiefen, sachlichen Widerspruch zu ihren antikapitalistischen Tendenzen, ihren ursprünglichen proletarischen Triebkräften, ihrer jahrelang gepflegten sozialistischen Ideologie. Es bleibe dahingestellt, ob es nach der furchtbaren Niederlage 1918 für die Sozialdemokratie überhaupt eine Möglichkeit gab, diesem verwirrenden Lose zu entgehen. Auf alle Fälle jedoch trieb die sozialdemokratische Erfüllungspolitik zu unvermeidlichen Konsequenzen im Innern.

Der Erfüllungspolitiker müßte auch Koalitionspolitiker sein; wer der Ausbeutung Deutschlands durch westliche Kapitalisten, durch französische, englische, und amerikanische Bourgeois — und sei es auch nur gezwungen und mit innerem Widerstreben — zustimmte, konnte dem deutschen Unternehmer gegenüber nicht in unzulänglicher Klassenkampfstellung verharren.

Ernst Niekisch in „Der Firn"-Berlin. 21. 10. 1924.

Maulkorb für unsere Redakteure!

Wegen des Artikels „Ein Hilferuf aus Deutsch-Sibirien" in Nr. 30 vom 27. April der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" wurde unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Robert Schulz, angeklagt.

Die Sträflinge des Zuchthauses Groß-Strehlitz sandten im April d. Js. an die juristische Zentralstelle der Kommunistischen Landtagsfraktion einen Hilferuf. Die erschütternden Schilderungen eröffneten einen Einblick in das Los der Gefangenen. Bei schwerer Arbeit wurden die Leute materiell geschunden und seelisch gepeinigt. Wer murrte, wurde exemplarisch bestraft.

Kostentzug, Arbeitszwang, Fesselung und Schlimmeres waren an der Tagesordnung.

Um der Arbeiterschaft vor Augen zu führen, wie es heute hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern aussieht, unterbreiteten wir diesen Hilferuf der Oeffentlichkeit. Der Direktor des Zuchthauses Groß-Strehlitz fühlte sich hierdurch getroffen und erhob gegen unseren verantwortlichen Schriftleiter Anklage wegen öffentlicher Beleidigung, obwohl wir eine unsachliche Berichtigung des Direktors gebracht hatten.

Jetzt stand diese Angelegenheit vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Der beleidigte Zuchthausdirektor hatte es als nicht notwendig erachtet, persönlich zu erscheinen. **Er bezeugte schriftlich, daß „die geschilderten Zustände stimmen, aber unwahr sind".**

Trotz dieser Erklärung des Direktors wurde Genosse Schulz wegen Beleidigung zu **einem Monat Gefängnis** verurteilt.

•

Dieses Urteil zeigt erneut den Arbeitern, daß die Kommunisten auf alle Fälle von der weißen Justiz verurteilt werden, auch dann, wenn sie sogar nach bürgerlicher Moral recht haben.

Die Verurteilung beweist, daß man uns mit solchen Urteilen abhalten will, die Wahrheit aus den schlesischen Gefängnis- und Zuchthaushöllen an die Oeffentlichkeit zu bringen. Aber das Urteil schreckt uns nicht. Wir werden trotz aller Verfolgungen unsere Brüder in den Kerkern nicht im Stich lassen.

Seit wann ist denn die Tatsache, daß Kostentzug, Arbeitszwang und Fesselung in Groß-Strehlitz damals vorkamen, eine Beleidigung? Es kennzeichnet doch die Justiz in Deutschland, daß die Richter, die doch über den Strafvollzugsbeamten stehen sollen, dem Direktor noch entgegenkommen und der Anzeige stattgeben.

Ein Zuchthausdirektor hat es nicht notwendig, zu erscheinen, ein Arbeiter wird zwangsweise vorgeführt.

Staatsstreich in China.

Die Truppen von Fengju Hsiang hatten am Abend des 22. die Umgebung von Peking besetzt; am 23. in den ersten Morgenstunden drangen sie in die Stadt ein. Alle Telephonleitungen wurden sofort unterbrochen, die Ministerien besetzt. Die 11. Division des Generals Feng ju Hsiang umzingelte die Paläste, verhaftete den Finanzminister und versuchte auch den Verkehrsminister und den Bruder des Präsidenten zu verhaften, konnte diese aber nicht ermitteln.

Die Leibwache des Präsidenten Tsao Kun in Stärke von 3000 Mann wurde entwaffnet. Präsident Tsao Kun soll sich noch im Palast befinden. Es dürfte für sein Leben kaum etwas zu befürchten sein.

Von Schantung sind Truppen abgegangen, um die Rückkehr Wu pei fus zu verhindern.

•

Feng ju Hsiang ließ Proklamationen anschlagen, worin er zu einer Konferenz der einander befehdeten Generale auffordert und den Schutz der Ausländer fordert.

Man glaubt, daß Tsao Kun noch immer im Präsidium ist; doch werden darüber widersprechende Gerüchte verbreitet.

Wegen der Unterbrechung der Telephonlinien besitzt man keine näheren Mitteilungen über das Schicksal von Wu pei fu.

Der Rest der Truppen Feng ju Hsiangs hat Peking erreicht, so daß sich im ganzen 40000 Mann dort befinden.

•

Wie aus Mukden berichtet wird, planen die dortigen Führer ein ähnliches Vorgehen, doch steht die Bestätigung hierfür noch aus.

Der britische Kommandeur der Seestreitkräfte hat die Nachricht erhalten, daß Feng ju Hsiang beabsichtigte, Tsao Kun als Präsidenten Chinas durch den ehemaligen Premierminister Tuan tschi jui zu ersetzen.

Die japanische Regierung beschloß die Absendung zweier Zerstörer aus Tientsin und von 200 Mann Truppen nach Schanhaikwan. Von der weiteren Entwicklung in China wird es abhängen, ob Japan es für nötig hält seine Streitkräfte in Uebereinstimmung mit dem Boxerprotokoll zu erhöhen.

•

Vom ersten Tage des chinesischen Bürgerkrieges an stand es für jeden Kommunisten und für Sowjetrußland fest, daß der Kampf nur durch die imperialistischen Staaten angezettelt worden ist. Diese hatten die kämpfenden Generäle als ihre Strohmänner vorgeschoben. China sollte sich im Bürgerkrieg so lange zerfleischen und schwächen, bis die imperialistischen Staaten wiederum, ohne Widerstand zu finden, ein neues Beutestück aus dem chinesischen Volkskörper sich herausschneiden konnten.

Aus den widersprechenden Meldungen der bürgerlichen Presse geht nicht hervor, welchen Charakter der Staatsstreich trägt, ob imperialistischen oder nationalrevolutionären. Jedenfalls beabsichtigen die Mächte, gerade in diesem Zeitpunkt des Umsturzes durch die Generäle, die nur Puppen in ihrer Hand sind, die Macht in die Hand zu bekommen. Das beweisen die erneuten Truppensendungen.

Das Schauspiel des Boxeraufstandes aus den Jahren 1900 und 1901 darf sich nicht wiederholen. Es wäre heute ein noch größeres Verbrechen am chinesischen Volk, da es diesmal sozialdemokratische Regierungen und Regierungen, die von Sozialdemokraten gestützt werden, sind, die diesen Schurkenstreich am chinesischen Volke begehen müßten.

Millionenfach muß daher im internationalen Proletariat der Ruf erschallen:

Kurze Auslandsnachrichten.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in England. Die Anzahl der Arbeitslosen hat in der Vorwoche um weitere 5375 zugenommen und beträgt nunmehr 1 210 200.

Sieg englischer Bergarbeiter. Der Streik der 7000 englischen Bergleute in Forest of Dean hat mit einem vollen Erfolg geendet.

Gen. Ulbricht wurde in Wien wegen „Falschmeldung und Betrug" zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt, dem das Urteil zu milde scheint, legte Berufung ein.

Hungrige Lehrer aus ganz Oesterreich demonstrierten in Wien vor dem Parlament gegen die Segnungen der „Sanierung". Ein eintägiger Proteststreik wurde von den Provinzlehrern organisiert.

Verschwörer und Revolutionäre

Tagebuchaufzeichnungen von M. Kantowski.

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin.

21]

Bei einer ärztlichen Untersuchung stellte es sich heraus, daß siebzehn Mädchen im Alter von drei Jahren an vergewaltigt und mit Syphilis angesteckt waren. Die Schuldigen waren zwei oder drei Priester, unter deren Obhut der Kinderhort stand. Die Kinder berichteten so grauenhafte Dinge, daß einem der Atem stockte. Wir hatten Bekannte darunter und gingen deshalb hin, Alby, Katja und ich. Der Arzt war ein alter Mann, von dem man wußte, daß er fromm und wirklich religiös war. Er lief blaß und verstört in seinem Empfangszimmer hin und her. Er kannte Alby, denn er war in Arbeiterversammlungen oft gegen ihn aufgetreten. Als er ihn aber jetzt erblickte, trat er an ihn heran und drückte seine Hand: das ist ja schrecklich, schrecklich ... Ich schaue die armen Würmer an, und kann es nicht glauben, daß sie so entehrt und befleckt bleiben sollen in alle Ewigkeit. Es muß doch irgendeine ausgleichende Gerechtigkeit geben.

Die kleine dreijährige Klara sah ängstlich zu uns auf, ihre Aeuglein waren verschorft und sie hatte weiße Pickel auf den Lippen. Als wir herantraten, drückte sie sich in eine Ecke ihres Bettchens; ihr kleiner Körper, der nur aus Knochen und einer gelben Haut darüber zu bestehen schien, zitterte.

„Hab' keine Angst, mein Kindchen", sagte der Arzt, „weder Pater Lino noch die Schwester Elisabeth werden dir je was Böses tun."

Das Kind betrachtete ihn ernst und sagte:

„Ich fürchte mich."

„Klärchen, ich bin doch dein Freund!", beruhigte sie der Arzt.

„Du hast Schwester Elisabeth fortgejagt!", erinnerte sich plötzlich das Kind und strahlte.

„Jawohl", sagte der Arzt, dann zeigte er auf Alby, „und ihn fürchtet sie noch mehr als mich."

Alby stand da und weinte.

„Warum weint er denn?", fragte die Kleine, „wenn er Schwester Elisabeth und Pater Lino nicht fürchtet ... er ist doch schon so groß ..."

Andere Kinder umringten uns.

„Der Pater Philipp war lustig!, der sang immer viens poupoule, viens poupoule! und tanzte."

Die Kleine hob dabei ihr Röckchen und tanzte einen regelrechten — Cancan.

Abseits stand ein vierzehnjähriges Mädchen, schwarz gekleidet und mager. Als sie den Arzt erblickte, schrie sie:

„Ich laß mich nicht untersuchen! Laßt mich hier raus! Was habt ihr denn mit Schwester Elisabeth gemacht? Freimaurer seid ihr alle! Der Pater Philipp hat alles dem süßen Herzen Jesus gebeichtet! Das bleibt unser Geheimnis."

Der Arzt sagte uns draußen, sie hätte starke hysterische Anfälle und wolle nichts gestehen.

Als wir auf die Straße kamen, sagte Katja:

„Was sollen wir tun? Das kann doch nicht so bleiben; wir müssen irgend etwas tun."

„Zweifellos!", antwortete Alby.

Die ganze Stadt war in Aufruhr.

Auf allen Plätzen sammelten sich Menschen; die Polizei versuchte sie immer wieder auseinanderzujagen. Man rief bereits: Fort mit der Kirche! Tod den Jesuiten!

Auf einem der Plätze hatte die Menge die Kirche umzingelt und warf mit Steinen nach den Fenstern. Fast überall waren die Frauen an der Spitze.

„Unser Blut saugen sie!"

„Gebt uns unsere Kinder wieder!"

„Heraus mit eurem Jesus!"

„Er soll ein Wunder tun! Er soll unsere Kinder wieder gesund machen!"

Auf der Schwelle erschien ein alter Priester.

„Tod ihm! Mort aux calotins!", schrie die Menge.

„Brüder", begann der Priester, „mein Schmerz ist mit euch ..."

„Nicht quatschen!, nicht quatschen!" schrie man. „Er soll unsere Kinder gesund machen!"

„Gott kann man nicht befehlen!"

„Fort mit den Pfaffen."

Alby sprang auf eine Erhöhung:

„Ich bin der Sozialist Alby, ein Arbeiter [illegible]. Laßt diesen Menschen los. Mag er eine Begegnung mit sich fortschleppen!", und zu dem Priester gewendet sagte er: „Ihr sagt, ihr seid ein Diener Gottes, der euch mit besonderem Wohlgefallen betrachtet! Komm und leg deine Hände auf die Köpfchen der armen Kinder, Gott möge ihnen ihre Gesundheit und Seelenreinheit wiedergeben. Aber ihr habt ja selbst keinen Glauben mehr und keine Heiligkeit in euch! Kommt Brüder, wendet diesem Haus des Todes den Rücken, es wohnt kein Gott darinnen."

Da sprang plötzlich ein junger Priester mit trockenem, fanatischem Gesicht hervor:

„Gott?" schrie er, „Gott hat euch und eure verfluchte Brut verworfen und mit Pest geschlagen. Gottes Fluch ist über euch ..."

„Steinigt diesen Hund!"

„Schlagt ihn tot!"

Die Menge ergriff den Priester und schleppte ihn die Straße nach dem Fluß hinunter.

Alby sprang nach. Die Hiebe prasselten auf seinen Rücken. Mit vieler Mühe gelang es uns schließlich, den Priester zu befreien und bis zu seinem Hause zu geleiten. Die Menge kam hinter uns, und ein Stein traf Alby am Kopfe. Der Priester wollte uns zu sich ins Haus bitten.

„Auf keinen Fall", rief Katja mit flammenden Augen. „Ich kann nicht verzeihen! Schuld an Kindern und Frauen darf man nie verzeihen."

„Ich bin nicht schuldig", sagte der Priester.

„Doch Sie! Gerade Sie! Sie verbreiten Lügen und lassen sich dafür bezahlen! Sie sagen von der Kanzel: Lasset die Kindchen zu mir kommen. Und die Kleinen haben Ihnen geglaubt. Alby hat Ihnen das Leben gerettet — er hätte es nicht tun sollen."

„Katja!", rief ich erstaunt, ich erkannte sie nicht wieder. Und abends, als wir zurückgekehrt waren, sagte sie zu mir:

„Du verstehst das nicht! Du weißt nicht, was das [illegible] für eine Frau, vergewaltigt, beschmutzt zu werden! [illegible] diese Kleinen werden das bis an ihr Lebensende [illegible]. Man kann es nie wieder ungeschehen machen!"

Am nächsten Tage war Katja wieder in der Stadt, in welcher die Erregung noch gewachsen war. Ich versuchte mit Alby zusammen vergeblich, sie zu beruhigen. Die Katja in diesem Augenblick war eine ganz andere als die, welche wir kannten. Sie war in unseren Augen gewachsen, sie war eine große, rächende Gottheit geworden.

Ich sah sie an der Spitze der Menge in der ersten Reihe gegen ein Kloster zum Sturm vorzugehen.

(Fortsetzung folgt.)

Der schlesischen Kleinbauern Not und Leid.

Von Muschi.

Als wir vor einigen Wochen den Notschrei der Kleinbauern aus Frauenwaldau veröffentlichten, haben sicherlich ein großer Teil unserer Leser durch die SPD. gegen die „Bauern" aufgehetzt, diesen Notruf nicht ernst genommen. Darum haben wir an Ort und Stelle die Verhältnisse geprüft und sind jetzt in der Lage, ein klares Bild der dortigen Verhältnisse zu entrollen.

Auf dem Lande saust die Steuerpeitsche in erster Linie auf die gesamte Kleinbauernschaft nieder. In den Gebieten, wo der Boden gut ist und die Ernte leidlich ausfiel, sind die Arbeitsbauern vielleicht noch in der Lage, auf Kosten des Betriebs und durch Mehrverkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die sie sonst selbst verzehrten, die Steuern mit Ach und Krach zu zahlen. Aber in den Gebieten, in denen die Ernte schlecht, der Boden zur geringsten Klasse zählt, sind die schaffenden Landwirte außerstande, die Steuern aufzubringen. Das Finanzamt läßt pfänden. Der Bauer wird seinen Sonntagswagen los oder einen Teil seines Viehbestandes. Aber nicht nur das. Man pfändet den Boden, landwirtschaftliche Maschinen und sogar die Möbel aus der Wohnung. Daß unter solchen Verhältnissen die Häuser, die ganze Wirtschaft der Kleinbauern nicht rosig beschaffen sein können, ist selbstverständlich.

Wir lassen nun einige Beispiele folgen, die zeigen, wie die Regierung, der kapitalistische Staat, mit den Kleinbauern umspringt. In Frauenwaldau pfändete man die Kleinbauern wie folgt (nur einige Fälle von vielen!):

	Gesamtsteuer Forderungen Mk.	Gesamtwert der gepfänd. Gegenst. Mk.	Bestehend aus	Wert Mk.
Gunke Anton	126.—	275.—	1 Kutschwagen	275.—
Krause Theodor	260.—	400.—	1 Kalb (1 Jahr)	150.—
			1 Kutschwagen	250.—
Kassube Ignatz	220.—		1 Wagen	125.—
			1 Schrotmaschine	80.—
		355.—	1 Wurfmaschine (neu)	200.—
Gafron Albert	150.—	270.—	1 Kuh (4 Jahr)	270.—
Proske Josef	90.—		1 Ochsen (8½ Jahr	250.—
		370.—	1 Schwein	120.—
Koscholleck Anna	255.—		1 Wurfmaschine	100.—
		280.—	1 Sofa, 1 Vertikow, 1 Spiegel, 1 Schrank (fast neu)	180.—

Ein Teil der armen Tucker legte Protest gegen die Pfändung ein. Bei anderen, die die Frist versäumten, wurden die gepfändeten Gegenstände veräußert. Wir geben zwei Fälle wieder. So wurde in Frauenwaldau:

1. dem Landwirt Kupke vor einigen Tagen eine Nähmaschine und ein Kutschwagen versteigert. Der Steuerbetrag betrug nicht ganz 100 Mark;
2. dem Landwirt Berge wurde eine Kuh im Werte von 200 Mark bei einem Steuerbetrag von 140 Mark versteigert.
3. Dem Bauer Heinrich, Frauenwaldau, wurde am Freitag ein Bulle von 2½ Jahre versteigert, bei einem Pfändungssteuerbetrag von 140 Mk. Bauer Heinrich hat sich infolge dieser seelischen Aufregung total betrunken, so daß er im Chausseegraben gefunden wurde.
4. Der Bauer Kupka wurde von den Versteigerungsbeamten darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn er am andern Morgen den Pfändungssteuerbetrag nicht zahlt, bei ihm versteigert wird. Kupka, vor Angst, es nicht zur Versteigerung kommen zu lassen, borgte sich das Geld und mußte von dem Getreide, das nicht für seine Wirtschaft ausreicht, mehrere Zentner verkaufen.
5. Paul Mirke, Deutschhammer, schuldete der Staatsforstkasse Trebnitz 50 Mark. Da er diese am Zahltermine nicht zahlen konnte, kam der Gerichtsvollzieher und pfändete 10 Zentner Korn im Werte von 240 Mark.

•

Das sind einige Fälle, die bekannt wurden. Wieviel Tausende mag es davon geben?

In Frauenwaldau haben die Kleinbauern den schlechtesten Boden Schlesiens. Im Durchschnitt können sie oft noch nicht die Hälfte ihres Bodens bebauen, weil er aus Flugsand und Kies besteht, auf dem nicht einmal Buschwerk wächst. Ihre Einkommensteuer wird aber vom gesamten Bodenbesitz errechnet. Die hohe, nicht zahlbare Steuersumme ist die Folge. Die Kartoffelernte ist im allgemeinen gering, an einigen Stellen fiel sie vollständig aus. Die Getreideernte ist so schlecht, daß der Ertrag nicht zur Aussaat ausreicht. Der Durchschnittsertrag beträgt 80 Pfund bis 1½ Zentner pro Morgen.

Zu all den Pfändungen wirkt sich die Mißernte zu einer Katastrophe aus: Im Frühjahr kauften die Kleinbauern Kunstdünger auf Wechsel. Am 1. September war Zahltag. Sie konnten ihn nicht einlösen und verlängerten ihn bis zum 1. Oktober. Nun sind sie auf der Suche nach Geld und können nichts auftreiben. Die Lage der Bauern wächst sich zur Katastrophe aus.

Die Reichs- und Landtagsfraktionen der KPD. haben sofort Anträge eingebracht, die noch über die Forderungen der Frauenwaldauer, Dockerner und Deutschhammerer Bauern hinausgehen.

Die sogenannten bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten werden natürlich diese Anträge ablehnen. Weder die verschiedenen Bauernbünde, noch die bürgerlichen Parteien tun etwas gegen die Notlage der Kleinbauernschaft. Es ist darum die Aufgabe der Kleinbauern, sich selbst zu helfen, sich zusammenzuschließen in kleinbäuerlichen Organisationen, sich von dem falschen Freund, dem Großagrarier, zu trennen und mit dem Industrie- und Landproletariat den Kampf zu führen für den

Zusammenschluß der Schaffenden in Stadt und Land, für einen Staat und eine Regierung, in der die Arbeiter und Arbeitsbauern zu bestimmen haben.

Daß dieser Gedanke in den Köpfen der Kleinbauern wächst, findet seinen Ausdruck in dem Aufruf der gedrückten Kleinbauern zu einem Bauernkongreß in Schlesien, den wir heute abdrucken. Die Arbeiter Schlesiens begrüßen diesen ersten Schritt der schlesischen Kleinbauern und werden ihnen im Kampfe helfen.

An die schlesischen Kleinbauern, Pächter, Siedler.

Arbeitsbauer! Arbeitsbäuerin!

Die letzte Kuh,

das letzte Pferd, Deine wenigen landwirtschaftlichen Maschinen und Deinen Wagen holt Dir der Gerichtsvollzieher vom Hofe, ja er macht nicht halt vor den Möbeln in Deiner Stube.

In Frauenwaldau, im Kreise Trebnitz hat man zwei Bauern sogar den Boden gepfändet, so daß sie noch weniger anbauen können als bisher.

In Dockern ist einem Kleinbauer die Scheune zusammengebrochen, weil er kein Geld hatte sie zu restaurieren, trotzdem zwingt man ihn, 358 Mk. Steuern das sind auf den Morgen 24 Mk., zu bezahlen. Der Großbauer nebenan zahlt auf den Morgen gerechnet 3,50 Mk. Steuern.

Dabei haben die Kleinbauern überall den schlechtesten Boden.

In vielen Gegenden war dieses Jahr die Ernte so schlecht, daß die Kleinbauern nicht nur Saatgut, sondern auch das Brotgetreide kaufen müssen, um leben zu können.

Die Kleinbauern können ihren Kunstdünger, den sie auf Wechsel im Frühjahr kauften, nicht bezahlen. Wieder droht ihnen die Pfändung!

Und die Regierung? Sie hat kein Erbarmen, sie pfändet die Kleinbauern aus! Sie fragt nicht, was aus ihnen wird.

Kleinbauer! Höre zu, wie es Deinen Brüdern in Dockern und Frauenwaldau geht, geht es auch Dir. Ueberall der gleiche Steuerwucher gegen den Kleinen, überall das gleiche Elend. Nur den Großbauern und Großgrundbesitzern geht es gut.

In Euerer großen Not geht Ihr nun zu den Wucherern, die Euch Geld gegen ungeheure Zinsen leihen. Und wer sind diese Wucherer? Die Landwirtschaftsbank,

die Bank des Landbundes,

die dem Kleinbauer 12 bis 18% Zinsen abknöpft. So sieht die Kleinbauernfreundlichkeit der Junker aus.

Aber auch der Staat wuchert! Folgender Fall wirft ein grelles Schlaglicht auf die Auswucherung der Kleinbauern:

Die Besitzerin Albertine Gawron aus Frauenwaldau hatte sich von der Kreissparkasse Festenberg Geld geliehen und mußte

für 200 Mk. in sechs Monaten 140 Mk. Zinsen

zahlen!

Das ist ein klassisches Beispiel für die Notlage der Bauern! Diese Witfrau hätte sich kein Geld geborgt, wenn ihr das Wasser nicht am Halse gestanden hätte.

Schaffende Landwirte!

Seht Euch doch um! Pfändet der Staat auch bei den Großbauern, auch bei den Junkern und den Adligen? Nein! Diesen gab die Reichsregierung Erntekredite! Diesen Großen stundet man die Steuern! Ihr aber müßt zahlen, damit Geld für die Großen da ist, damit die Regierung ihnen die Kredite zur Verfügung stellen kann.

Arbeitsbauern!

Nach dem Kriege tratet Ihr in den Landbund ein. Die Richthofen und Genossen versprachen Euch den Himmel auf Erden, wenn die Zwangswirtschaft aufgehoben sei und forderten dazu die Einheitsfront der Landwirtschaft. Aber sie sorgten nur für den

Geldsack der Großgrundbesitzer.

Heute kümmert sich kein Landbundsekretär mehr um Euere Not. Sie haben jetzt „andere Aufgaben" zu erfüllen. Sie fordern Schutzzölle und Ausfuhrfreiheit, damit sie die Preise so hoch wie nur möglich treiben können. Aber Euch Kleinen helfen die hohen Preise gar nicht, so lange Ihr von den Steuern zu Boden gedrückt, vom Pacht- und Zinswucher der Großen ausgequetscht werdet.

Arbeitsbauern, Pächter und Siedler!

Der Reichtum der Großen ist die Ursache Eurer Leiden und Sorgen.

Während Euch der Gerichtsvollzieher den Arbeitswagen pfändet, kaufen sich die Landbundführer und Großagrarier ein Auto über das andere.

Sie bauen sich Schlösser und Herrenhäuser, während Euch die paar Mark fehlen, um das schadhafte Dach auszubessern.

Sie schimpfen über die hohen Preise der Industrieprodukte und sind doch selbst im Besitze von Aktien der Stickstoff-, Kali- und Kohlenbergwerke, der landwirtschaftlichen Maschinenfabriken und der Landwirtschaftsbank.

Sie reden Euch ein, daß auch die Preise für Getreide und Vieh erhöht werden müssen, weil sie dann auch die Bodenpreise, die Pachtpreise die Preise für Saatgut, für Futtermittel für Zuchtvieh erhöhen können.

Dem kleinen Bauern aber nützen die hohen Getreide- und Fleischpreise gar nichts, denn was er mit der einen Hand mehr einnimmt, muß er mit der anderen Hand für höhere Pachten, höhere Grundpreise höhere Steuern und höhere Preise für Industrieprodukte wieder ausgeben.

Die Junker und die Kapitalisten beuten Euch, Kleinbauern, genau so aus wie Euren Nachbarn, den Landarbeiter und Euren Bruder, den Arbeiter Angestellten und Beamten in der Stadt.

Eure Arbeitsbrüder in der Stadt leiden die gleiche Not wie Ihr. Die Betriebe werden geschlossen! Die Bergwerke stillgelegt, die Unterstützungen abgebaut, die Löhne verkürzt und die Arbeitszeit verlängert. Hunderttausende wissen nicht, wovon sie mit ihren Familien leben sollen.

Noch ist das Ende nicht erreicht!

Die deutschen Volksausbeuter, die Börsenhyänen, die Großgrundbesitzer, die Bergwerks- und Hüttendirektoren haben sich jetzt

mit dem „Erbfeind" verbündet!

Und ihre Parteien, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten haben sich für die Unterwerfung unter das Dollarkapital, für die Annahme des Londoner Diktats, eingesetzt.

Und dieser Kuhhandel der deutschen und ausländischen Kapitalisten ist der tiefste Grund, warum man heute die Arbeiter auf die Straße setzt, die Löhne kürzt, die Preise erhöht, warum man für Euch schaffende Bauern, keine Hilfe, kein Geld und kein Herz hat.

Ihr sollt die Lasten des Dawesgutachtens mit Eurem Schweiße und mit Eurem Hunger bezahlen. Ihr sollt, wenn Euch Eure Scholle nicht mehr ernährt, als Lohndrücker Euren Brüdern, den Landarbeitern in den Rücken fallen.

für einen Hungerlohn bei den Großgrundbesitzern arbeiten.

Schaffende Landwirte!

Von der jetzigen Regierung habt Ihr nichts zu erwarten. Die kommende wird nicht besser sein. Sie ist der Lakai und die gehorsame Dienerin der Reichen und Mächtigen. Sie geht gegen die Kleinbauern mit denselben brutalen Mitteln vor, wenn sie sich gegen ihr Elend wehren wollen, wie gegen die Arbeiterschaft. So hat die Preußische Regierung

die Tagung der Rhönbauern in Oersfeld

am 15. September **mit Polizeigewalt auseinandergetrieben.**

Auf der Rhön ist die Notlage der Kleinbauern noch schlimmer als in Schlesien. Ein wochenlanges Unwetter hat dort die Ernte bis zu 100 Prozent vernichtet. Die Rhönbauern waren in Oersfeld zusammengekommen, um ihre Notlage zu beraten und Forderungen an die Regierungen und Parlamente zu stellen. Die Antwort der Regierung war das Verbot der Tagung und ein Aufgebot von Schupo und Kriminalbeamten.

In einem Gedicht heißt es:

Und wenn das Korn gedroschen —
Dann heißt es Stroh als Lohn,
Dann heißt's, für uns den Groschen —
Den Taler dem Patron.
Dann heißt's, für uns den Schragen —
Das weiche Bett dem Gauch,
Dann heißt's, nichts in den Magen
Und Kugeln in den Bauch.

Schaffende Landwirte!

Eure Zukunft steht auf dem Spiel. Niemand wird Euch helfen, wenn Ihr nicht selbst das Wort ergreift, wenn Ihr nicht selbst Stellung nehmt zu Eurer Not und den Mitteln der Abhilfe, wenn Ihr nicht selbst Eure Forderungen aufstellt und für sie eintretet, Mann für Mann.

Darum heraus aus Euren Hütten, aus Euren Dörfern!

Heraus zu einem Kongreß schaffender Bauern, Siedler und Pächter Schlesiens und Oberschlesiens

Trefft die Vorbereitungen zu dem Kongreß!

Auf diesem Kongreß sollen die Wege beraten werden, die einzuschlagen sind, um endlich dem Pacht- und Zinswucher, dem Steuerunrecht und der Not der Kleinbauern ein Ende zu machen.

Die Forderungen der schlesischen Kleinbauern müssen lauten:

1. Große Steuern für die Großen, kleine Steuern für die Kleinen. Vollkommene Steuerfreiheit für alle Kleinbauern mit weniger als 5 Hektar Besitz mittleren Bodens. Von da ab starke Staffelung nach oben.
2. Einschätzung der Bodenbonität und des Ertrags als Grundlage der Besteuerung durch Ausschüsse der schaffenden Landwirte selbst. Vor allem bei Mißernte müssen die gewählten Vertreter der schaffenden Landwirte den Schaden feststellen und die Hilfsmaßnahmen kontrollieren.
3. Langfristige Staatskredite zu höchstens 4 Prozent Zinsen für die Kleinbauern. Kredite bei schweren Ernteschäden zinslos!
4. Versorgung der Kleinbauern, Pächter und Siedler mit Saatgut, Düngemitteln und Maschinen durch den Staat zu herabgesetzten Preisen.
5. Festsetzung der Pachten auf höchstens 80 Prozent der Friedenspachten, entsprechend dem gesunkenen Ertrage. In den von Mißernte betroffenen Gebieten Niederschlagung der Pacht- und Schuldzinsen bis zur nächsten Ernte.
6. Belieferung der Kleinbauern, Siedler und Pächter mit Nutz- und Brennholz, sowie Laubstreu aus den staatlichen sowie privaten Forsten, bei Mißernte unentgeltlich.
7. Durchführung aller notwendigen Meliorationen, Wegebauten, Flußkorrektionen, Feldbereinigungen auf Staatskosten.
8. Unterstützung der kleinbäuerlichen Genossenschaften durch langfristige billige Staatskredite.

Die Kosten für diese Maßnahmen können und müssen aufgebracht werden durch eine

Sondersteuer der großen Grundbesitzer und Kapitalisten

zur Rettung der kleinen Bauern, Siedler und Pächter.

Kleinbauern, Siedler und Pächter!

Die Arbeiterschaft in den Städten und auf dem Lande ist bereit und gewillt, für Eure Forderungen einzutreten und mit Euch gemeinsam für sie zu kämpfen. Die Arbeiter und arbeitenden Bauern in ganz Deutschland müssen zusammenstehen gegen Kapitalisten und Junkerherrschaft.

Darum auf zum

Tag der schaffenden Landwirte Schlesiens!

Die Bauern von Frauenwaldau, Dockern und Deutschhammer.

Theodor Krause, Josef Ogroske, Cäcilie Kasuba, Karl Saremba, sämtlich aus Frauenwaldau; Paul Hyronimus Gawron, Dockern, Mirke, Deutschhammer.

Wirtschaftliche Rundschau

„Friedensreallohn“ in Deutschland.

Der Bankrott des Preisabbaus.

E. L. Ueberall in Deutschland flammen nach langen Monaten der Passivität Lohn- und Arbeitszeitkämpfe auf. Die Illusion, daß Stabilisierung und Dawesierung die Lage der Arbeiterklasse bessere, zerschellt an der Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit, dem Gegenpol der Zehnstundenfron, am Getreidewucher der Junker, an der täglich wachsenden Teuerung, die die kärglichen Löhne der noch Arbeitenden und die jammervollen Unterstützungen der Arbeitslosen noch tiefer herabdrückt. Selbst bürgerliche Blättern wagen in lichten Momenten es kaum noch, den vollkommenen Bankrott der pomphaft angekündigten Preisabbau-Politik der Marx-Jarres-Kanitz-Regierung zu leugnen.

In diesem Augenblick kommt dem Unternehmertum, das sich rüstet, den Abwehrkämpfen der Arbeiterschaft mit dem Gegenschlag neuer Lohnkürzungen und neuer Verlängerung der Arbeitszeit zu begegnen, die amtliche „Wissenschaft“ zu Hilfe. Das Statistische Reichsamt macht die Entdeckung, daß die Forderung der hungernden Arbeitermassen nach Friedensreallöhnen im Grunde irreal, weil schon erfüllt sei. In dem soeben erschienenen 1. Oktoberheft der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ wird den Berliner Arbeitern bewiesen, daß sie seit dem 1. Oktober im Genuß von Friedensreallöhnen sind.

In der Tat: die Berliner Arbeiter wissen gar nicht, wie gut es ihnen geht. Jetzt öffnet ihnen die Zahlentabelle des Statistischen Reichsamts die blinden Augen und füllt ihnen den leeren Magen.

Amtliche Schwindelstatistik.

Prüfen wir das Ergebnis der amtlichen Wissenschaft.

Das Statistische Reichsamt untersucht die Entwicklung der Berliner Tariflöhne (Stundenlöhne) vom Januar bis Oktober 1924 für gelernte und ungelernte Arbeiter und vergleicht sie mit den Durchschnittslöhnen 1913, wobei es bei diesen Nominal- und Reallöhne gleichsetzt.

Als Nominal-Stundenlöhne gelernter Arbeiter stellt es in Rentenpfennigen fest für:

	1913	1. Okt. 1924
Bauarbeiter	82	97
Holzarbeiter	67	88
Metallarbeiter	79	88
Fabrik-(Chemie-)Arbeiter	67	66
Buchdrucker	66	70
Eisenbahnarbeiter	64	73

Als Durchschnitt der Nominallöhne gelernter Arbeiter ergibt sich danach 1913 74 Pf.; 1. Oktober 1924 85 Pf.

Als den Durchschnitt der Nominalstundenlöhne ungelernter Arbeiter berechnet das Statistische Reichsamt 1913 47 Pf.; 1. Oktober 1924 58 Pf.

Die Realstundenlöhne gelernter Arbeiter betragen in Rentenpfennigen nach der amtlichen Tabelle für:

	1913	1. Okt. 1924
Bauarbeiter	82	82
Holzarbeiter	67	74
Metallarbeiter	69	74
Fabrik-(Chemie-)Arbeiter	67	55
Buchdrucker	66	59
Eisenbahnarbeiter	64	71

Als Durchschnitt dieser Realstundenlöhne gelernter Arbeiter ergibt sich 1913 74 Pf.; 1924 71 Pf.

Der Durchschnitt der Realstundenlöhne ungelernter Arbeiter ist nach der amtlichen Tabelle 47 und 49 Pf.

In Hunderstteilen der Vorkriegsstundenlöhne ausgedrückt, d. h. den Durchschnitt der Löhne 1913 als 100 eingesetzt, zeigt sich für gelernte Arbeiter folgende Veränderung der Stundenlöhne am 1. Oktober 1924: Bauarbeiter 100; Holzarbeiter 110,4; Metallarbeiter 93,7; Fabrikarbeiter 82,1; Buchdrucker 89,4; Eisenbahnarbeiter 95,9. Durchschnitt 95,9.

Für ungelernte Arbeiter ergibt sich, auch hier der Durchschnittsstundenlohn 1913 als Hundert genommen, ein Steigen der Durchschnittsstundenlöhne auf 104,3 am 1. Oktober 1924, wobei ungelernte Bauarbeiter auf 118,2, ungelernte Holzarbeiter auf 122,9, ungelernte Eisenbahnarbeiter auf 119 kommen, während ungelernte Metallarbeiter mit 86,7, Chemiearbeiter mit 95,7 und ungelernte Buchdrucker mit 98,1 sich begnügen müssen.

Also: Was den gelernten Arbeitern im Durchschnitt am Friedensreallohn fehlt (100 — 95,9 = 4,1), das fügen die ungelernten Arbeiter mit 4,3 über den Durchschnittslohn von 1913 hinzu. So daß sich für die Berliner Arbeiterschaft als Gesamtheit die Erreichung der Friedensreallöhne ergibt.

Was für das Statistische Reichsamt zu beweisen war.

Die wahren Löhne.

Das kunstvolle Zahlengebäude des Statistischen Reichsamts ruht auf zwei Stützen: den angeblich gestiegenen Nominallöhnen der Berliner Arbeiter und der Berechnung der zum Friedensstand in die Höhe gegangenen Reallöhne nach dem Reichsindex der Lebenshaltungskosten. Beide Stützen sind faul und brüchig, weil gefälscht.

Den hohen Nominalstundenlöhnen liegt ein doppelter Trick zu Grunde: die Einsetzung höherer, nur in Ausnahmefällen erreichter Spitzenlöhne unter Hinzurechnung aller Sozialzulagen für verheiratete Arbeiter und das Nichteinsetzen aller Lohnabzüge, wie der Lohnsteuer, der Beiträge für die Sozialversicherung und die Arbeitslosenfürsorge. Das Statistische Reichsamt erklärt in seinem Kommentar zu den Tabellen ausdrücklich:

„Die Sozialzulagen sind in der Metallindustrie, in der chemischen Industrie und den Reichsbetrieben für die Ehefrau und zwei Kinder eingerechnet.“

Aehnlich ist bei den übrigen Berufen verfahren, wo es zwar keine Spezialzulagen, aber für die älteren, meist verheirateten Arbeiter höhere Löhne gibt:

„Das empfiehlt sich auch deswegen, weil die Lohnsätze jeweils für die höchste tarifmäßige Altersstufe eingesetzt sind, die vorwiegend verheiratete Arbeiter umfaßt.“

Also: nicht die für den großen Durchschnitt der gelernten und ungelernten Arbeiter Berlins gezahlten Löhne hat das Statistische Reichsamt der Nominallohnberechnung zugrunde gelegt, sondern Höchstlöhne für ältere verheiratete Arbeiter.

Aber es wäre falsch, zu glauben, daß jeder verheiratete gelernte Berliner Metallarbeiter mit zwei Kindern im Durchschnitt den Lohn am 1. Oktober verdient hat, den das Statistische Reichsamt auf dem Papier ihm großmütig zuspricht. Nach der amtlichen Tabelle verdiente ein Berliner Metallarbeiter am 1. Oktober 88 Pf. die Stunde. In Wirklichkeit hat sein Lohn 51 bis 57 Pf. die Stunde betragen. Aehnlich ist es mit den Holzarbeitern, deren Höchststundenlohn für besonders qualifizierte Gruppen, wie Möbeltischler, 60 bis 70 Pf. statt der amtlichen 80 Pf. erreicht hat. Bei den Eisenbahnern haben vielleicht 3 Prozent, eine kleine Gruppe von Vorarbeitern, die 73 Pf. des Statistischen Reichsamts verdient, während die große Masse der gelernten Arbeiter um 10 bis 15 Pf. und mehr dahinter zurückblieb.

In gleicher Weise sind die Löhne der ungelernten Arbeiter in die Höhe geschwindelt.

Der Trick des Statistischen Reichsamts läuft darauf hinaus, eine ganz dünne Schicht der Arbeiteraristokratie, Werkmeister und Vorarbeiter, die vielleicht die Nominallöhne der Tabelle erreicht und aus der sich die hohe arbeitsgemeinschaftsfreundliche Gewerkschaftsdemokratie rekrutiert, gegen die große Masse der schlecht entlohnten Arbeiter im Interesse der Unternehmer auszuspielen.

Die wirklich verdienten Nominallöhne der gelernten und ungelernten Arbeiter Berlins blieben um mindestens 15 bis 20 Prozent hinter den Sätzen des Statistischen Reichsamts zurück.

Zieht man von diesen verdienten Nominallöhnen noch die Lohnsteuer und die Beiträge für Sozialversicherung mit rund 25 Prozent ab, so ergibt sich, daß die Nominallöhne der Arbeiter Berlins weit hinter den Nominallohnsätzen des Jahres 1913 zurückblieben.

Der in der „Roten Fahne“ vom 19. Oktober veröffentlichte Lohnzettel eines Berliner Gemeindearbeiters, der für die Arbeitswoche von 40 Stunden 12,93 M., also für die Stunde 32½ Pf., bar bezahlt bekommen hat, gibt ein richtigeres, aber nicht so freundliches Bild der Lage der Berliner Arbeiter als der Phantasie-Stundenlohn des Statistischen Reichsamts mit 73 Pf. für einen gelernten und 58 Pf. für einen ungelernten Eisenbahner.

Haferflocken-Index.

Das zweite tolle Stück, das sich das Statistische Reichsamt erlaubt, ist die Berechnung der Reallöhne unter dem von ihm aufgestellten Lebenshaltungsindex. Dieser ist genau so im Unternehmerinteresse frisiert, wie die Nominallohnberechnung gefälscht ist. Es genügt, um die vom Statistischen Reichsamt beliebten Methoden der Indexaufstellung zu kennzeichnen, der Hinweis auf die Kritik im deutschnationalen „Tag“, der im Interesse der den Deutschnationalen noch nachlaufenden Beamtengruppen für einen Augenblick sein Hauptgeschäft, die Lohnkürzungsoffensive gegen die Arbeiter, zurückgestellt hat. Der „Tag“ brandmarkt in seiner Nummer vom 16. Oktober den Lebenshaltungsindex des Statistischen Reichsamts als Haferflocken- und Kaffee-Ersatz-Index:

„In der Berechnung des Statistischen Reichsamts spielen Haferflocken eine große Rolle. Es wird sich aber heute niemand damit einverstanden erklären, daß ihm als tägliche Kost Haferflocken vorgesetzt würden. In der Statistik wird Wurst überhaupt nicht berücksichtigt, von den verschiedenen Fleischsorten nur Rindfleisch, statt Kaffee Kaffee-Ersatz. Die statistischen Berechnungen stammen also aus einer Zeit, wo in Deutschland Leute am Hungertyphus starben und Hunderttausende von Kindern an Unterernährung schwer in ihrer körperlichen Entwicklung behindert wurden.“

Es ist klar, daß mit diesen statistischen Methoden, deren „Wissenschaftlichkeit“ nur eine freche Verhöhnung der hungernden Arbeitermassen ist, man Reallöhne von jeder beliebigen Höhe ausrechnen kann, selbst dann, wenn, wie heute, der Hunger wieder umzugehen beginnt.

Doch alle bürgerlichen Berechnungsarten sind faule Flausen zur Beschwindelung der Arbeiter. Die einzig richtige Grundlage für die Berechnung der Reallöhne gibt der Lebenshaltungsindex der „Roten Fahne“, der aufgebaut ist auf den Lebensbedürfnissen, die ein erwachsener verheirateter Berliner Arbeiter mit zwei Kindern zur Erhaltung seiner Arbeitskraft und seiner Familie bedarf. Dieser proletarische Index betrug am 1. Oktober, dem Stichtag des Statistischen Reichsamts für seine Lohnrechnung, 63,54 M.

Berechnet man die Reallöhne der Berliner Arbeiter nach diesem Index unter Einsetzung ihrer wirklichen Nominallöhne, so ist das Ergebnis: nicht das Erreichen und das Uebersteigen der Friedensreallöhne, sondern das Zurückbleiben hinter ihnen um mindestens 50 Prozent.

Aber selbst dieses Resultat gibt nur den Durchschnitt der männlichen Arbeiter. Nicht berücksichtigt ist dabei die Masse der Jugendlichen und der Frauen, deren Löhne um 10 bis 30 Prozent hinter denen der arbeitenden Männer zurückbleiben. Nicht berücksichtigt ist die große Armee der unterstützten und die noch größere Schar der nicht unterstützten Arbeitslosen, der Masse der Kurzarbeiter.

Rechnet man sie alle hinzu — und das ist notwendig, wenn man ein Bild der Lebenslage der Berliner Arbeiter als Klasse gewinnen will —, so bleibt als furchtbares Ergebnis:

daß die Berliner Arbeiterschaft als Ganzes im besten Fall heute 35 bis 40 Prozent des Friedensreallohns erhält.

Kampf um Friedenslöhne.

Der Kampf um die Friedensreallöhne ist nicht zu Ende — er beginnt erst. Mit voller Wucht muß er aufgenommen werden. Ueberall müssen die Kommunisten sich an die Spitze der aufflammenden Lohnbewegungen stellen, die die erste Rebellion der Arbeiter gegen den Dawes-Pakt bedeutet. Sie müssen die Arbeiter geschlossen in den Kampf gegen das Unternehmertum führen.

Mit dem Kampf um den Friedensreallohn muß der Kampf um den Achtstundentag, um die Eingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß verbunden werden. Er muß einmünden in den Kampf um die Macht der Werktätigen im Betrieb, um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, um die Macht der Werktätigen im Staat.

Die Marx-Regierung hat den Reichstag aufgelöst, damit die Regierung des Bürgerblocks den Dawes-Plan auf dem Rücken der Werktätigen durchführe.

Die Sozialdemokraten stellen der Regierung des Bürgerblocks den Linksblock entgegen. Aber Bürgerblock und Linksblock sind in Vergangenheit und Zukunft in einem einig: in der Erfüllung des Dawes-Paktes. Auch der Linksblock ist Erfüllungsblock. Auch er liefert die arbeitenden Massen dem internationalen Großkapital und seinen deutschen bürgerlichen und sozialdemokratischen Agenten aus.

Das erste Ergebnis der Erfüllung des Dawes-Planes liegt vor in der Massenarbeitslosigkeit, dem Massenhunger, für die selbst die amtlichen Zahlen trotz aller Kunststücke den Beweis liefern.

Wer gegen sie kämpfen will, muß gegen den Dawes-Plan, gegen den Bürgerblock und den Linksblock kämpfen. Der muß sich am Wahltag in die Reihen des revolutionären Proletariats eingliedern, indem er den Kommunisten seine Stimme gibt.

Steigende Löhne in Sowjetrußland

A. Fgr. Wir haben wiederholt die gewaltigen Erfolge besprochen, die die russische sozialistische Staatsindustrie in den letzten Monaten durch Steigerung der Produktion, Eroberung des bäuerlichen Marktes, Preisabbau und Massenproduktion errungen hat.

Die Steigerung der Produktion und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität wirken sich aber nicht nur in der Verbilligung der Industriewaren, sondern auch in einer bedeutenden und anhaltenden Erhöhung der Löhne aus. Während im bürgerlichen Europa der Kapitalismus die Herabsetzung der Löhne als Existenzbedingung der weiteren Produktion proklamiert, zeigt die Sowjetrepublik, daß die Steigerung der Produktion mit einem Steigen der Arbeitslöhne sich nicht nur verträgt, sondern daß diese zwei Tatsachen nur zwei Erscheinungsformen einer und derselben Entwicklung, der aufsteigenden staatskapitalistischen Wirtschaft, bilden.

Während Genosse Sinowjew in seinem vor einem halben Jahre gehaltenen Referat über Rußlands Wirtschaftslage den durchschnittlichen Monatslohn des russischen Arbeiters mit 65 Prozent der Vorkriegslöhne berechnete, zeigen die abschließenden Berechnungen für das Jahr 1923/24, daß der Durchschnittslohn 34,80 Tscherwonetzrubel (1 Rubel gleich 2,10 M.) erreicht hat, was der Kaufkraft von 17,40 Vorkriegsrubeln entspricht. Somit erreichte der Durchschnittslohn 80 Prozent der Vorkriegsdurchschnittslöhne. Bei dieser Berechnung muß in Betracht gezogen werden, daß erstens darin die verschiedenen, sehr bedeutenden Vergünstigungen der Arbeiter nicht inbegriffen sind, zweitens die Durchschnittslöhne unter Berücksichtigung aller niederen Lohnkategorien berechnet werden, während die deutschen offiziellen Lohnstatistiken durch die Ausschaltung dieser Kategorien die wirklichen Durchschnittslöhne geflissentlich „hinaufmanövrieren“, drittens speziell die Löhne in den Industriezentren, in Moskau, Leningrad, weit über dieses Niveau hinausgehen.

Der Wert der industriellen Produktion wird von 1415 Millionen Rubel in 1923/24 auf 1810 Millionen Rubel steigen. Dies entspricht einer 28prozentigen durchschnittlichen Steigerung der Staatsindustrie, was als ein sehr vorsichtiger Plan bezeichnet werden kann. Die Zahl der in den im engeren Sinne industriellen Staatsbetrieben beschäftigten Industriearbeiter soll auf 900 000 erhöht werden. Der monatliche Durchschnittslohn steigt von 34,80 Rubel auf 39 Rubel, um 12 Prozent. Der monatliche Durchschnittslohn wird hiermit über 90 Prozent der Vorkriegslöhne betragen, während die Produktivität der Arbeit noch um etwa 30 Prozent hinter dem Vorkriegsniveau zurückbleiben dürfte. Das bedeutet aber mit andern Worten, daß die Wirtschaft der Sowjetunion bei der Erreichung der Produktivität der Vorkriegszeit in der Lage sein wird, viel höhere Löhne zu zahlen, als vor 1913 gezahlt wurden. Und die Zeit, wo dieser Zustand tatsächlich erreicht werden kann, ist gar nicht mehr fern: es wird von den Ergebnissen des nächsten Jahres auf dem Gebiete der Produktivität abhängen, ob die Löhne in der Sowjetunion nicht im Gesamtmaßstabe das Vorkriegsniveau übersteigen können, wie dies zur Zeit schon in einzelnen Industriezweigen (Fertigindustrie) längst der Fall ist.

Die Kohlenindustrie weist für 1923/24 eine Produktion von 670 Millionen Pud auf. Für das nächste Jahr wird die Produktion mit 725 Millionen Pud festgesetzt. Die Menge der Produktion steigt um 9 Prozent, die Produktivität kann auf dieser Grundlage um 25 Prozent erhöht werden. Gleichzeitig mit dieser Erhöhung erhöht sich der Arbeitslohn im Donetzgebiet von 34 Rubel 50 Kopeken auf 40 Rubel, in allen Kohlengebieten durchschnittlich auf 37,50 Rubel, d. h. um 15 Prozent. Schon heute stehen die Löhne im Donetzgebiet, dem Kohlenbecken Rußlands, über dem Kriegsniveau. Dabei ist der Lohnanteil in der Kohlenindustrie außerordentlich hoch: er macht zur Zeit 57,5 Prozent vom Produktionswert aus. Mit der leicht erreichbaren weiteren Erhöhung der Produktivität steht die Möglichkeit offen, daß die Bergarbeiterlöhne in der Sowjetunion 30 bis 50 Prozent über dem Friedensniveau stehen werden.

In der Naphthaindustrie wird die Steigerung der Produktion nur mit 11 Prozent festgesetzt, von 370 Millionen Pud auf 410 erhöht, da zur Zeit die Absatzmöglichkeiten für eine größere — technisch leicht mögliche — Produktion sich nicht übersehen lassen. Die Erhöhung der Produktivität wird etwa 10 Prozent betragen. Diesem sehr vorsichtigen Produktionsprogramm entspricht eine Erhöhung des Arbeitslohnes von 38 Rubel auf 45 Rubel, d. h. eine Erhöhung um 18 Prozent.

In der Metallindustrie, die lange Zeit das Schmerzenskind der russischen Staatswirtschaft war, wird der Wert der Produktion von 87 Millionen Tscherwonez-Rubeln auf 105 Millionen erhöht. Dieser Steigerung der Produktionsmenge um 20 Prozent kann eine Erhöhung des Durchschnittslohnes um 14 Prozent von 35 Rubel auf 40 Rubel entsprechen.

In einem viel fortgeschritteneren Stadium befindet sich die Textilindustrie. Während die Zahl der Arbeiter im verflossenen Jahr die Zahl von 300 000 und der Wert der Produktion 627 Millionen Rubel ausgemacht hat, wird sich die Zahl der Arbeiter in 1924/25 auf 355 000, der Wert der Produktion auf 845 Millionen Rubel erhöhen. Die Lohnerhöhung wird 14 Prozent, die Erhöhung der Zahl der beschäftigten Arbeiter 18 Prozent betragen. Der Nominallohn der Arbeiter beträgt danach das Zweifache der Vorkriegslöhne, der Reallohn erreicht 100 Prozent des Friedensniveaus. Der Weg zur Ueberschreitung der Friedenslöhne ist offen, das Mittel dazu: die weitere Steigerung der Produktivität.

Zu diesen Tatsachen und Perspektiven ist jeder weitere Kommentar überflüssig. Sie zeigen, daß die aufsteigende Linie der sozialistischen Industrie gleichzeitig die zahlenmäßige und materielle Erstarkung der Trägerin der proletarischen Diktatur, der industriellen Proletariats bedeutet. Jede neue Produktionszahl, jede neue Steigerung der „Pude“, die unsern Lesern manchmal wie Wiederholungen vorkommen mögen, sind Steine unter Steinen der sozialistischen Wirtschaft, der sozialen Revolution.

Die Intrigen verschiedener Meister ist nicht mehr zum Aushalten. Wenn man sich für seinen Hungerlohn nicht die nötigen Lebensmittel kaufen kann und es übermannt einem während der Arbeit der Schlaf, dann heißt es gleich: „Wenn das noch einmal vorkommt, fliegen sie auf die Straße."

Wer länger als 5 oder 6 Minuten auf dem Abort bleibt, wird beim zweiten Mal fristlos entlassen. Die Kleider sind so ölig und schmutzig, daß man glauben könnte, man müßte alle Tage die größten Oelkessel ausputzen. Die Arbeiterinnen im Krempelsaal können es nicht aushalten vor modrigem Geruch. Auch die im Sortiersaal sind allen Krankheiten ausgesetzt. Ich möchte nur, daß Frau Kuhn oder Frau Adler eine halbe Stunde in diesen Sortiersaal geschickt würden, denen würde sicher der Appetit auf das beste Mittagessen vergehen.

Unsere Chefs sind so arm, daß sie nicht einmal die Betriebssteuern aufbringen können. Entweder müssen sich die Arbeiterinnen mit einem Lohnabbau zufrieden geben, oder sie sehen sich gezwungen, den Betrieb zu schließen. — —

Der Pförtner ist ein treuer Diener seines Herrn. Er versucht mit uns Mädchen ins Gespräch zu kommen und schimpft dann über die Hungerlöhne. Wenn dann einmal eine so recht ihrem Herzen Luft macht, meldet der Pförtner das ihrem Meister und bei der ersten Gelegenheit fliegt sie auf die Straße.

Ich habe die Frauen und Mädchen in der letzten Zeit fleißig aufgeheitzt. Ich habe ihnen erklärt, daß nur eine starke Organisation durch rücksichtslosen Klassenkampf alle unsere Leiden beseitigen kann, und ich zeigte ihnen, wie nur die Kommunistische Partei sich bisher für die Interessen der Arbeiterinnen eingesetzt hat. Daß es uns in der nächsten Zeit noch viel schlechter gehen würde, wenn wir uns nicht dagegen geschlossen wehren. Denn der Lohnabbau und die vielen Betriebsschließungen sind doch nur Vorboten. Die Frauen haben mich gut verstanden und ich glaube, daß ich sie immer mehr für unsere Ideen gewinnen werde.

Wenn Krankengeld und Invalidengeld von meinem Lohn abgezogen ist, verdiene ich

wöchentlich 10,50 Mark.

Für Kost und Logis bezahle ich 8 Mark. Wovon soll ich mir jetzt Arbeitskleider und Schuhe kaufen? Ich sehe jeden Tag mehr, daß wir Arbeiterinnen uns zusammenschließen und unter Führung der KPD. kämpfen müssen. Ich werde auch nicht ruhen und rasten, bis ich die Arbeiterinnen in meinem Betrieb von der Idee des Kommunismus überzeugt habe.

N. N., Ludwigshafen am Rhein.

Die soziale Revolution und das Lernen.

Die Erfahrungen der russischen Revolution haben uns gezeigt, daß die Frage des Ueberganges vom kapitalistischen Aufbau der Gesellschaft zum sozialistischen äußerst verwickelt ist. Es handelt sich eben für das Proletariat nicht bloß darum, die Macht in die Hände zu nehmen und den Apparat des bürgerlichen Staats zu zerschlagen; es muß vielmehr ein Staat neuen Gepräges aufgebaut werden, in dem der staatliche Apparat eng mit den Massen verschweißt sein und sich allmählich in die wesenseigene Organisation der Massen verwandeln soll. Jeder Arbeitszweig muß erstens derart gestaltet sein, daß jeder Arbeiter seinen Unternehmungsgeist im Höchstmaße betätigen kann; zweitens muß dafür gesorgt sein, daß Unternehmungslust und schöpferische Tätigkeit jedes einzelnen Arbeiters nicht spurlos verloren gehen, die Initiative des Einzelnen muß zur allgemeinen Kenntnis gelangen und so die allgemeine Arbeit befruchten. Es handelt sich mit anderen Worten um die Organisation der kollektiven Arbeit.

Eine solche kollektive Arbeit gibt allen, die an ihr teilnehmen, außerordentlich viel. Sowjetrußland lernt kollektiv zu arbeiten. Seit der Novemberrevolution haben wir sehr viel gelernt, sehen aber, daß wir unaufhörlich unermüdlich weiterlernen müssen.

Natürlich sind wir Russen ein zurückgebliebenes kulturloses Volk, und wissen oft selbst nicht die einfachsten Sachen.

Wie wird es in vorgeschrittenen Ländern sein, wenn die Arbeiter dort die Macht ergreifen? Wird es ihnen leichter werden ihr neues Leben aufzubauen? Ich weiß es nicht. Natürlich werden sie nicht so elementare Dinge lernen müssen wie wir. In den vorgeschrittenen kapitalistischen Ländern hat das ganze Volk eine gewisse Bildung und Kultur. Aber . . . die Bourgeoisie hat den arbeitenden Massen die Kultur nicht umsonst gegeben. Die Schule hat zugleich mit der Bildung in die Köpfe der Proletarierkinder die eigene bourgeoise Ideologie hineingehämmert, hat die Proletarierkinder gelehrt, jede Erscheinung mit den Augen der Bourgeoisie anzusehen. Wenn wir, die Russen, noch lernen müssen, so wird das Proletariat der kapitalistischen Länder noch viel, sehr viel umlernen müssen, — und die Arbeiterinnen werden in noch höherem Maße umlernen müssen als die Arbeiter: ihre Schule ist in der bourgeoisen Gesellschaft noch mehr verkrüppelt als die der Arbeiter, da sie aus ihnen nicht nur Sklaven des Kapitals macht, sondern auch Sklaven ihrer Männer.

Wir wissen nicht genau, wann die sozialistische Weltrevolution ausbrechen wird, aber wir wissen, daß sie unvermeidlich ausbrechen und den Arbeitern und Arbeiterinnen Aufgaben von außerordentlicher Wichtigkeit und Schwierigkeit stellen wird. Darum muß die Arbeiterin sogleich, ohne einen Augenblick zu verlieren, daran gehen, zu lernen, um möglichste Klarheit zu gewinnen über alle Verhältnisse und Beziehungen und eine möglichst bewußte Schöpferin der Revolution und der künftigen neuen Gesellschaft zu werden.

Sterben für die Sache des Proletariats kann man auch ohne zu lernen, aber um zu siegen und das Leben aufzubauen — dazu muß man beharrlich lernen.

N. Krupskaja, Moskau.

Zu aller Qual der Hohn.

„Jahrelang, tagaus, tagein mußten die Frauen in der Metallindustrie 13 und 14 Stunden arbeiten. Nachtarbeit war allgemein. Dabei verkamen die Kinder. Aber erst die Frauen selber! Was für Arbeiten wurden von ihnen verlangt? Frauen wurden Luftkämmer in die Hand gegeben, gegen die sich die Männer lange gewehrt hatten. Bei der Handhabung dieser Hämmer wird mit der Zeit das Gehör zerstört, die Nerven werden zerrüttet. Das machte nichts! Frauen wurden an Drehbänke gestellt, wo sie 80 Pfund schwere Granaten zu heben hatten. Fast alle diese Frauen ruinierten sich den Körper für ihr ganzes Leben. Sie schleppen sich, soweit sie noch leben, heute noch mit schweren Unterleibsleiden herum. Das tat nichts! Sie arbeiteten in Pulverfabriken, mit denen sie oft hundertweise in die Luft flogen. Wer fragte danach! Die Zensur verbot, auch nur ein Wort über diese Massenopfer des Krieges in die Zeitung zu bringen. Frauen, kaum flügge gewordene Mädchen und Knaben mußten in Räumen arbeiten, die mit giftigen Gasen und Säuredämpfen gefüllt waren. Keine Aufregung! Man brauchte Blaukreuz- und Gelbkreuzgranaten, damit das Handwerk draußen besser flutschte. Weit fort von den Städten, in den Einöden legte man Kolonien an. Junge Mädchen wurden dorthin verfrachtet. Sie wurden in Höllen gesperrt, wo sie quittegelbe Haut und grüne Haare bekamen. Das hatte nichts zu sagen. Wozu Schönheit, ihre Liebsten wurden ja doch totgeschossen.

Man darf doch nicht vergessen, wie rentabel diese Frauenarbeit war. Gottlos wäre es gewesen, auf sie zu verzichten. Frauen brauchten nicht Männerlohn, denn sie waren Frauen. Nicht weil die Frauen weniger leisteten, bewahre! Die „Metallarbeiter-Zeitung" stellte fest: „Im allgemeinen erhalten die Frauen in den Drehereien nur die Hälfte von den Akkordsätzen, die die Männer vordem für die Arbeit erhielten." Dafür waren die Lebensmittelpreise schon zu der Zeit verdoppelt, als das Blatt dies schrieb (1916). Die Unternehmer aber machten ihren „Bundesgenossen" in den Gewerkschaftsbureaus begreiflich, daß man die Sache nur richtig auffassen müsse:

„Die Behauptung, daß die Frau, wenn sie für eine bestimmte Leistung nicht den gleichen Lohn bezieht wie der Mann, zu geringen Lohn erhält, wird in den allermeisten Fällen dahin umzudeuten sein, daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann relativ zu viel erhält." („Deutsche Arbeitgeberzeitung" vom 3. Oktober 1915.)

Zur Arbeitsqual, zu den Krankheiten, zu den Steckrüben noch der Hohn!

Auszug aus der Broschüre „Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg" von Paul Frölich, erschienen im Biva-Verlag.

Jede Genossin muß diese ausgezeichnete Broschüre gelesen haben.

Herauf mit den Löhnen!
Herunter mit der Arbeitszeit!

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 13	Die Kommunistin erscheint 2mal monatlich	Berlin, Oktober 1924	Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H. Berlin SW 68, Dönhoffplatz 12. Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin.	Jahrg. 6

Aufruf der Geraer Arbeiterinnenvollversammlung.

Arbeiterinnen Thüringens!

In den letzten Wochen hat sich unsere Lage immer mehr verschlechtert. Die Preise sind gestiegen. Gerade die wichtigsten Lebensmittel sind bedeutend teurer geworden. Unsere Löhne dagegen sind die gleichen geblieben. In manchen Betrieben und Industrien haben die Unternehmer trotz der Teuerung und des bevorstehenden Winters sogar noch

Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen

vorgenommen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß unsere Lebenshaltung noch weiter herabgedrückt werden soll. In allen Teilen des Reiches sehen wir verschärfte Angriffe auf die Arbeiterschaft. Ueberall vergrößert sich das Elend von Woche zu Woche.

Die schönen Versprechungen der Regierung und der Unternehmer, daß nach der Annahme des sogenannten „Sachverständigen-Gutachtens" Ruhe und Frieden, „wertbeständige" Löhne und eine Besserung der Verhältnisse kommen würde, haben sich als Lug und Trug erwiesen. Offen und brutal zeigen jetzt die Unternehmer das Bestreben,

alle Lasten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen!

Sie haben es dabei besonders auf uns Arbeiterinnen abgesehen. Sie spekulieren auf unsere Unaufgeklärtheit und unsere Schwäche und glauben, bei uns mit dem Vorstoß beginnen zu können.

Die Arbeiterinnen sollen zuerst dran glauben!

Bei uns soll die Front zuerst durchbrochen werden! Unter den schändlichsten Sklavenbedingungen sollen wir in Zukunft arbeiten.

Angesichts dieses großen Elends und der Verschlechterungen, die gerade für die Frauen in den Betrieben durchgeführt werden sollen, haben wir Geraer Arbeiterinnen uns zusammengefunden, um gegen die drohenden Gefahren und die verschärfte Ausbeutung eine gemeinsame Abwehrfront zu bilden.

Aber nicht nur die Arbeiterinnen von Gera, sondern

die Arbeiterinnen ganz Thüringens müssen sich zusammenschließen!

Gerade in Thüringen arbeiten Massen von Frauen in den Betrieben. Auf uns kommt es an, wenn den Unternehmern in Thüringen ein Strich durch ihre Rechnung gemacht werden soll!

Die Arbeiterschaft in Gotha hat schon die ersten Abwehrmaßnahmen getroffen. Ihre 10 Forderungen sind das mindeste, um was die Arbeiterschaft jetzt kämpfen muß, wenn sie nicht vollends zu rechtlosen Sklaven herabgedrückt werden will.

Aber der Kampf der Gothaer Arbeiterschaft wird keinen Erfolg haben, wenn wir Frauen in den Betrieben nicht mithelfen, die Kampffront zu verbreitern!

Gegen das vereinigte Unternehmertum kann die Arbeiterschaft heute nur dann noch erfolgreich kämpfen, wenn sie einig und geschlossen auf breitester Grundlage den Kampf aufnimmt.

In dieser Erkenntnis wendet sich die Geraer Arbeiterinnenvollversammlung an die Arbeiterinnen in allen Orten und Betrieben Thüringens, damit überall auf schnellstem Wege und auf der gleichen Basis der Kampf aufgenommen werden kann.

Ferner beauftragt die Geraer Arbeiterinnenvollversammlung einen von ihr gewählten Arbeiterinnenausschuß, die Zusammenfassung und die Mobilisierung der arbeitenden Frauen zu leiten und auch mit den übrigen wichtigen Orten und Betrieben in Verbindung zu treten.

Auf der Grundlage der Gothaer 10 Punkte fordern wir Arbeiterinnen mit besonderem Nachdruck:

sofortige 40prozentige Lohnerhöhung.

Gleiche Löhne für Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Für den Achtstundentag.

Beschlagnahme der Villen der Bourgeoisie und Unterbringung von notleidenden Arbeiterfamilien in diesen Räumen.

Ausreichende Versorgung der Erwerbslosen mit Lebensmitteln, Kleidung und Brennmaterial für den Winter.

Freilassung der politischen Gefangenen!

Freilassung derjenigen Frauen, die wegen der Abtreibungsparagraphen in den Zuchthäusern und Gefängnissen schmachten!

Wir sind uns bewußt, daß eine endgültige Sicherstellung unserer Existenz erst durch die

Herrschaft der Arbeiter

geschaffen wird.

Die Niederringung der Macht der Kapitalisten wird aber nur dann möglich sein, wenn wir jetzt mit allen Kräften, Schulter an Schulter mit der männlichen Arbeiterschaft, den energischen Kampf für die Sicherung unserer nackten Lebensexistenz aufnehmen.

Es lebe die geschlossene Kampffront der gesamten Arbeiterschaft!

Die Geraer Arbeiterinnenvollversammlung.
Der Arbeiterinnenausschuß für Gera und Umgebung.

Bildung eines Arbeiterinnenausschusses in Gera.

Zum Freitag, den 17. Oktober, hatten die Arbeiterinnen der Firma Fr. Feistkorn, Gera (Textilbetrieb), eine Betriebsversammlung einberufen und die arbeitenden Frauen aller Betriebe Geras hierzu eingeladen, um zu der augenblicklichen Lage und den Aufgaben der Arbeiterinnen in den Betrieben Stellung zu nehmen. Diese Vollversammlung der arbeitenden Frauen gestaltete sich zu einem wuchtigen Auftakt für die Mobilisierung der Thüringer Arbeiterschaft gegen die verschärft einsetzenden Unternehmerangriffe.

23 Betriebe

waren dem Rufe der Feistkornschen Arbeiterinnen gefolgt. Aus allen wichtigen Betrieben Geras waren Frauen erschienen, um gemeinsam die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu beraten.

Nach einem einleitenden Referat und anschließenden Berichten über die Verhältnisse in den verschiedenen Betrieben wurde die

Bildung eines Arbeiterinnenausschusses

beschlossen, um systematisch die Bewegung unter den Arbeiterinnen voranzutreiben. Aus der Mitte der Versammlung wurden 6 Arbeiterinnen aus verschiedenen Betrieben vorgeschlagen, die von der Vollversammlung ermächtigt wurden, in engster Verbindung mit den revolutionären Betriebsräten und der Opposition in den Gewerkschaften die Mobilisierung der Arbeiterinnen in den Betrieben auch über Gera hinaus in die Hand zu nehmen. Diesem Ausschuß gehören kommunistische und parteilose Frauen an. Gemeinsam wurde der an anderer Stelle veröffentlichte Aufruf beschlossen, der an die arbeitenden Frauen ganz Thüringens gerichtet ist.

Der Verlauf der Versammlung und die Bildung des Ausschusses zeigt deutlich, daß die Arbeiterinnen begriffen haben, wie notwendig die Organisierung des Abwehrkampfes der Arbeiterschaft ist. Besonders durch die letzten Kämpfe der deutschen Arbeiterschaft ist ihnen klar geworden, daß gegen das vereinigte und fest zusammengeschlossene Unternehmertum nur eine ebenso feste, geschlossene Front werktätiger Männer und Frauen aufkommen kann.

In den Mittelpunkt ihres Kampfes stellte die Versammlung das Kampfprogramm der Gothaer Betriebsräte mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß die zehn Gothaer Forderungen das mindeste sind, wofür sich die Arbeiterschaft jetzt einsetzen muß.

Immer wieder wurde betont, daß dieser Kampf aber nur dann möglich ist, wenn sich die Arbeiterinnen restlos gewerkschaftlich organisieren und in den Gewerkschaften für ihre Revolutionierung kämpfen.

Die Geraer Arbeiterinnen dürfen aber nicht allein bleiben. Überall müssen die arbeitenden Frauen sich in die Kampffront einreihen. Nicht nur in Thüringen, sondern in allen wichtigen Industrieorten müssen revolutionäre Arbeiterinnenausschüsse gebildet werden, damit das gesamte weibliche Industrieproletariat für die bevorstehenden Kämpfe mobilisiert wird.

Arbeiterfrauen fordern Verbreitung der Kampffront.

Zu den Forderungen der Gothaer Betriebsräte nahmen in einer großen öffentlichen Versammlung im Volkshaus die Arbeiterinnen und Hausfrauen Gothas Stellung. Sie haben erkannt, daß sie nicht abseits stehen dürfen, sondern sich einreihen müssen in die Kampffront der gesamten Arbeiterklasse. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Entschließung:

Die am 9. Oktober im Volkshaus versammelten Arbeiterinnen und Hausfrauen Gothas stellen sich geschlossen hinter die 10 Mindestforderungen der Gothaer Betriebsräte und des Ortskartells. Sie begrüßen insbesondere, daß die Arbeiterschaft sich auch für die Interessen der arbeitenden Frauen einsetzt und im 1. Punkt gleiche Löhne für Arbeiter und Arbeiterinnen verlangt werden.

Die Not in den Arbeiterfamilien wird von Tag zu Tag größer. Die Preise steigen. Besonders das Kinderelend verschlimmert sich immer mehr. Die Wintermonate stehen bevor, und werden noch größeres Elend bringen. Hinzu kommt noch die drückende Wohnungsnot und der Mietenwucher, der getrieben wird. Während die Bourgeoisie in ihren feinen Villen prassen und schlemmen kann, müssen die Arbeiterfamilien in elenden Löchern verkommen.

Angesichts der steigenden Verelendung sind die Gothaer Forderungen das Mindeste, um das die Arbeiterschaft kämpfen muß.

Gegen alle Saboteure der Kampffront muß rücksichtslos vorgegangen werden. Alle Arbeiterinnen und Arbeiter gehören zur Vorwärtstreibung des Kampfes in die Gewerkschaften.

Gebt unsere Gefangenen frei!

Eine Genossin aus Leipzig, die an den Verhandlungen des Staatsgerichtshofes zur Aburteilung der Elberfelder Arbeiter teilgenommen hat, schickt uns folgende Schilderung ihrer Eindrücke:

Der Gerichtshof war sich schon klar, bevor die Verhandlung überhaupt begann. Was waren das für Kerle, die da je zwischen zwei Schutzleuten saßen, von Sipo bewacht? Verbrecher, Straßenräuber!? Was hatten sie gemacht? Sie hatten gesehen, wie die Faschisten sich große Waffenlager anlegten, ohne zur Verantwortung gezogen zu werden. Mit diesen Waffen sollten die Arbeiter bekämpft werden. Sie beschlossen nun, auch für die Arbeiter Waffen zu beschaffen, damit diese den Banden nicht wehrlos ausgeliefert würden. So hatten sie nacheinander vier Sipo überfallen, mit dem Zuruf: „Wir haben nichts gegen euch!" „Wir wollen nur eure Waffen." Leider war bei dem letzten Ueberfall der Beamte getötet worden, weil unbeabsichtigt, eine auf ihn gerichtete Pistole losging.

Also: Hochverrat, Waffenbeschaffung, Vergehen gegen das Republikschutzgesetz. Urteil: Zwei Angeklagte je 12 Jahre Zuchthaus, einer 11 Jahre, zwei 10 Jahre, einer 7 Jahre, einer 5 Jahre, jeder von diesen noch 300 Mark Geldstrafe. Zwei Angeklagte erhielten 4 Jahre Gefängnis, einer 1½ Jahre, einer 1 Jahr und 150 Mark Geldstrafe.

Ist das nicht himmelschreiend und die Arbeiter leben gleichgültig dahin. Und lassen die Besten von sich meucheln, weil sie, um ihre Klassengenossen zu schützen, für sie eintreten. Arbeiter, wacht auf! Nehmt diese Urteile, die nur gegen Arbeiter gefällt werden, nicht mehr so stumpfsinnig hin. Die Kappverbrecher, die Hitlerverbrecher und all diese Kreise haben ganze Waffenlager und unzählige Menschenleben auf dem Gewissen und wo ist der Richter, wo das Gericht, das diese Banden heranzieht und aburteilt. Mir stieg es oft heiß in die Augen bei der Verhandlung und ich bewunderte die Frauen der Angeklagten, von denen fünf das schwere Urteil mitanhörten. Bleich, aber mutig, den Kopf erhoben, verließen sie mit uns das Unglückshaus. Als die Gefangenen zur Urteilsverkündung von ihren Schutzleuten wieder hereingeführt wurden, erhoben wir uns zu ihrer Ehrung von den Plätzen. Die Sipo hinter uns stand unbewußt mit auf, die Gefangenen verstanden und ihre Augen leuchteten. Wie würden sie es den Arbeitern erst danken, wenn sie endlich den Mut und die Energie aufbrächten, sie nicht jahrelang hinter Gittern Todesqualen durchleben zu lassen. Der wachhabende Sipo kam hereingestürzt, angelockt durch das Geräusch, welches das einmütige Aufstehen der ganzen Zuhörer hervorrief. Er sah uns verblüfft an. Nachdem er den Sachverhalt erkannt, blickte er nach seinen Sipos hinter uns. Diese haben sich vor Schreck gleich gesetzt. Er eilte hinaus und verkündete bei seinem Wiedererscheinen: „Bei der Urteilsverkündung haben sich die Zuhörer jeder Kundgebung oder Aeußerung zu enthalten." Nun kam der Senats-Präsident Richter mit seinem Stabe, vor dem wir aufstehen mußten. Dieser wiederholte die Ausführungen und setzte hinzu: „andernfalls lasse ich jeden, der dies nicht beachtet, vorführen und sofort aburteilen." Nach der Urteilsverkündung mußten wir noch 10 Minuten im Saale bleiben. Die Gefangenen sollten in dieser Zeit in ihren Wagen einzeln abgefahren werden. Als wir endlich auf den Reichsgerichtsplatz herunterkamen, kam noch der letzte Gefangenenwagen. Wir stürmten hin und riefen: „Heil Moskau!" Erschrocken reckte der Sipo drinnen den Kopf in die Höhe an dem einzigen vergitterten Ausschau hinten am Wagen. Er fürchtete wohl, der Gefangene sollte befreit werden. Sofort kamen auch von allen Ecken Sipo und riefen: „Weitergehen!" Wir gelobten uns alle, die Arbeiterschaft aufzurufen zum Kampf gegen diese Klassenurteile.

A. A. Leipzig.

Erfolge der Gewerkschaftsarbeit.

Eine Genossin aus Gera schreibt uns:

Unsere Betriebszelle hatte es sich in den letzten Wochen zur Aufgabe gemacht, alle im Betrieb beschäftigten Kolleginnen wieder den freien Gewerkschaften zuzuführen. Ich selbst bin schon vor Jahren aus dem Verband ausgeschlossen und wurde auch trotz wiederholter Anträge nicht mehr aufgenommen. Trotzdem ist es uns gelungen, von den 280 beschäftigten Frauen, 240 wieder in den Verband zurückzustellen. Freilich hat es einige Arbeit gekostet, aber man sieht doch, daß man bei einigem guten Willen etwas erreichen kann. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir bald von ähnlichen Erfolgen auch aus dem übrigen Reich hörten.

Vom Kampf der Arbeiterinnen.

Kann eine Landarbeiterin sich erlauben, krank zu sein?

Jede Woche wird der Landarbeiterin viel Krankengeld abgezogen. Wenn ihr Mann krank wird, muß sie sogar auch noch für diesen das Krankengeld bezahlen.

Wird sie aber einmal krank und wohnt in der nächsten Stadt, von wo sie manchmal morgens und abends 1¼ oder 2 Stunden laufen muß, so bekommt sie unter Abzug ihres Deputats

in 14 Tagen 5 Mark Krankengeld.

Davon soll sie nun ihren kranken Körper pflegen und sich kräftige Speisen kochen. Wohnen die Landarbeiterinnen aber als Freiarbeiter oder Schnitter auf dem Gute, und sie erlauben sich, länger als 8 Tage krank zu werden, so bekommen sie gar keine Unterstützung, nur ihre Kartoffeln, und wenn es öfters vorkommt, werden sie einfach entlassen und mit ihren Habseligkeiten auf die Straße gesetzt, mitunter sogar mit Hund und Peitsche verjagt.

Vor kurzem traf ich eine Landarbeiterin, welche sich mit ihrem todkranken Kind schon zwei Tage in den Schweriner Anlagen aufhielt. Auf Befragen erzählte sie mir, daß sie, weil

sie und ihr Kind krank seien, von einem Gute bei Güstrow verjagt sei. Ihr Mann suche jetzt hier in Schwerin schon 2 Tage vergeblich nach Arbeit. Sie selbst sei tagsüber schon in den verschiedensten Anstalten gewesen und habe um Aufnahme des Kindes gebeten, sei aber überall mit der Begründung abgewiesen worden, daß Kinder, die Vater und Mutter haben, nicht aufgenommen werden könnten. Die Frau meinte: „Entweder muß ich mein Kind sterben lassen oder, wenn ich ihm helfen will, mir selbst das Leben nehmen, damit es wenigstens in einer Anstalt aufgenommen wird."

Die Landarbeiterinnen leiden am schlimmsten. Sie werden nicht wie Menschen, sondern wie Vieh behandelt. Die meisten von ihnen ergeben sich noch geduldig und stumpfsinnig in ihr Schicksal, weil es ihnen noch an Aufklärung fehlt.

Die kinderfreundlichen Großbauern.

In Mecklenburg ist es üblich, daß die Großbauern sich Kinder aus der Stadt holen, die angeblich Kühe oder Gänse hüten sollen. Sie versprechen, daß die Kinder zu keiner anderen Arbeit herangezogen würden und gutes Essen und Trinken, Milch, Eier und was es sonst noch alles Gute auf dem Lande gibt, zur Vergütung bekämen. Und die Arbeitereltern in den Städten stellen sich das dann so verlockend vor, daß sie ihre Kinder mit Freuden auf das Land geben und den Gutsbesitzern noch für ihren Großmut dankbar sind.

Haben sich diese Eltern aber schon einmal solche Hütekinder angesehen, wenn sie 14 Stunden draußen gelegen haben, vielleicht bei tage- und wochenlangem Regen? Wenn sie zusammengekauert unter einem Strauch Schutz suchen in dürftiger Kleidung, oft bitterlich weinend? Durchweg bekommen sie nur eine Flasche Kaffee und Brot mit Margarine oder Magermilch-Quark bestrichen, mit. Milch und Eier bekommen sie nicht.

Die Kinder klagen über große Müdigkeit, wenn sie abends heimkommen, aber ihre Arbeit ist dann noch nicht beendet. Dann haben sie noch Stallarbeit zu machen und das Vieh zu tränken, wobei sie manchmal das Wasser wer weiß wie weit schleppen müssen.

Geht aber erst die Ernte los, dann hütet bei schönem Wetter irgendein Familienmitglied das Vieh, bei schlechtem Wetter bleibt es eben zu Hause. Das Kind muß aber von morgens früh 4 Uhr bis abends spät bei der Ernte helfen. Klagen die Kinder, daß sie nicht mehr können, dann werden sie angeschnauzt: was sie wohl dächten und ob sie umsonst durchgefüttert werden wollten?

Oftmals riskieren die Kinder sogar ihr Leben. Erst kürzlich wurde ein 13jähriges Mädchen von einer landwirtschaftlichen Maschine zerrissen. Der Gutsbesitzer gab den Eltern einen Kranz zur Beerdigung und das war alles.

Laufen die Kinder vor der abgemachten Zeit fort, so bekommen sie keinerlei Entschädigung (meistens werden den Eltern nämlich Winterkartoffeln versprochen).

Gegen dieses verbrecherische Tun der Gutsbesitzer muß endlich vorgegangen werden. Diese Sklavenarbeit der Kinder muß abgeschafft werden!

A. A., [illegible] in Mecklenburg.

Aus Ludwigshafen.

Die Putzfrauen in der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

Wir Putzfrauen in der Anilinfabrik müssen jetzt von ½7 bis ½10 Uhr abends putzen, mit einem Stundenlohn von 28 Pf. Gerade dann, wenn unsere Kinder uns am meisten benötigen, müssen wir zur Arbeit gehen mit dem Gedanken, ob der Lohn wohl reichen wird für das nötige Brot.

Kommt man dann in die Büroräume oder die Zimmer des Doktors, so sieht man den krassen Unterschied zwischen den Höhlen der Proletarier und diesen feinen Räumen. Manche denkt dann: Ach, wenn du doch nur dieses oder jenes Stück Möbel heimschleppen könntest oder wenn du doch wenigstens so ein lustiges Zimmer hättest. Kommt man dann in einen Raum, wo vielleicht noch ein Doktor oder ein Ingenieur sitzt, da heißt es barsch: „Sie haben zu warten, bis ich nicht mehr da bin." Wir sind für diese Herren wirklich nicht mehr als Putzlumpen.

Das beste Lied können die Frauen singen, die die Aborte reinigen müssen. Früher wurde keine Putzfrau eingestellt, ohne daß sie 2 oder 3 Jahre vorgemerkt war, jetzt geht es aber wie in einem Taubenschlag zu.

Es gärt jetzt aber auch unter den Putzfrauen. Der Verbandsbonze Deringer hat seit dem Streik von 1922 nicht den Mut aufgebracht, den Putzfrauen wieder vor die Augen zu treten, denn er fürchtet noch immer die Abrechnung. Früher sind von Zeit zu Zeit im Speisesaal des alten Werks Versammlungen abgehalten worden. Jetzt haben wir uns schon mit verschiedenen Frauen beraten, daß wir wieder eine solche Versammlung einberufen wollen. Denn wir haben erkannt, daß wir gemeinsam vorgehen müssen, wenn wir etwas erreichen wollen. 1922 haben wir uns noch beim Streik als Lohndrücker und Streikbrecher benutzen lassen, aber bei dem letzten Streik haben wir Seite an Seite mit den Männern gekämpft. Und das werden wir auch weiterhin tun.

Eine Putzfrau aus der [illegible].

Lumpenfabrik Kuhn & Adler.

Wer in diesem Gefängnis arbeitet oder gearbeitet hat, kann nicht genug über seine Leiden erzählen. Schon manches Mädchen ist dort von den Liebesschmeicheleien des alten Herrn Adler in den früheren Jahren verfolgt worden und wehe derjenigen, die ihm nicht zu Gefallen war, sie wurde fristlos entlassen.

Gewerkschaft

ADGB.-Bericht über das Jahr 1923.

In einem umfangreichen Jahresbericht, der dieser Tage herausgekommen ist, schildert der ADGB. seine Tätigkeit im Jahre 1923. Doch wer diesen 190 Seiten langen Bericht von Anfang bis zu Ende durchliest, wird sehr enttäuscht sein, wenn er darin ein wirkliches Bild über die Rolle der Gewerkschaften in dem für die Arbeiterschaft so ungemein verhängnisvollen Jahr 1923 gesucht hat. Zwar sind alle Aufrufe, die vom ADGB. im Laufe des Jahres erschienen sind, eine Menge Zahlenmaterial über den Mitgliederstand, Einnahmen und Ausgaben der verschiedenen Verbände usw. enthalten. Doch alles das, was festzustellen für den ADGB. heute unangenehm wäre, seine Haltung zum **Ermächtigungsgesetz**, seine Einwirkung auf die SPD. und auf die **Regierung in den** verschiedenen Situationen, das ist in dem Bericht **systematisch verschwiegen.**

Von Interesse sind die Zahlen **über die Mitgliederstärke am** 31. September 1924. Danach zählten die dem ADGB. angeschlossenen 44 Zentralgewerkschaften Ende 1922 7 821 553, 31. März 1923 7 427 638, 30. Juni 7 287 049, 30. September 7 039 059 **und am** 31. **Dezember 1923 5 749 766 Mitglieder, davon 1 201 390 weibliche und 236 426 jugendliche Mitglieder. Es** ist also auf Grund dieser Angabe **ein Mitgliederrückgang von über zwei Millionen festgestellt. Jedoch** kommt in diesen Zahlen der Mitgliederrückgang im Jahre 1924 noch nicht zum Ausdruck. Nach den Angaben von Vollmershaus in der Berliner Gewerkschaftskommission soll der Mitgliederstand am 30. Juni 1924 noch 4,5 Millionen betragen haben. Die ganzen Zahlen sind nach der Angabe des Berichtes nur errechnet nach den abgelieferten Mitgliederbeiträgen. Bei der Schwierigkeit einer solchen Berechnung in der Inflationszeit können diese Zahlen keinerlei Anspruch auf Genauigkeit erheben.

Von den größeren Verbänden seien nur hervorgehoben **der** Metallarbeiterverband, der von 1 654 554 auf 1 291 761 bis zum 31. Dezember 1923 zurückging, der **Bergarbeiterverband** von 395 836 auf 299 811, der **Fabrikarbeiterverband** von 733 013 auf 522 294, der **Verkehrsbund** von 546 274 auf 408 240, der **Textilarbeiterverband** von 727 528 auf 608 158, der **Landarbeiterverband** hat einen **katastrophalen** Mitgliederrückgang nämlich von 499 107 auf 101 503 Mitglieder.

Selbstverständlich versucht der ADGB., diesen Mitgliederrückgang lediglich auf die Folgen der Inflation und der „kommunistischen Umtriebe" zurückzuführen. Wie könnt er auch anders! Würde er die Wahrheit sagen, dann müßte er berichten, daß er die Arbeiterschaft in den kritischen Stunden im Stich gelassen und sich auf die Seite des Kapitals und der kapitalistisch-faschistischen Militärdiktatur geschlagen und dadurch die Arbeitermassen in Scharen aus den Verbänden getrieben hat. Er hat das Ermächtigungsgesetz gutgeheißen, er unterstützte die Koalitionsregierung, die den Massenabbau und die Massenentlassungen von Beamten und Arbeitern durchführte, er billigte ausdrücklich den **blutigen militärischen Einmarsch in Sachsen und Thüringen und er verhinderte vor allem durch seine Organe einen geschlossenen Kampf des gesamten Proletariats. All dies hat den Mitgliedermassen das Vertrauen zur Gewerkschaft geraubt, so daß trotz aller unserer Mahnungen der Massenaustritt eine unausbleibliche Folge war.** Jeder Proletarier weiß heute, daß die Republik bezw. der jetzige Staat ein Instrument der Kapitalisten zur Unterdrückung des Proletariats ist. Trotzdem bringt es der ADGB. fertig, in seinem Bericht, unter der Rubrik: „Gewerkschaften und Republik" folgendes zu schreiben:

> „Demokratie und Republik setzen an die Stelle von Herrschern und Beherrschten freie, auf echte, ihres Einflusses wie ihrer Verantwortung gleichzeitig bewußte Glieder eines Volkes, eines Staates, den zur höchsten Kultur emporzuführen Aufgabe aller ist."

In diesem Satz kommt die Verlogenheit, die falsche arbeitsgemeinschaftliche und kapitalserhaltende Politik des ADGB. klar und eindeutig zum Ausdruck. Dieser Politik sind alle die Niederlagen und das jetzige Elend der deutschen Arbeiterklasse, sowie das verlorengegangene Vertrauen der Massen zu den Gewerkschaften zu verdanken. Und wenn der „Vorwärts" zu dem Bericht sagt, es wäre zu wünschen, daß dieser Bericht in Millionen von Exemplaren unter den Massen verbreitet würde, dann können wir uns diesem Wunsch anschließen, denn trotz seiner Unvollständigkeit und des vielfachen Verschweigens von wichtigen Tatsachen, **würde dieser Bericht jedem denkenden Proletarier zeigen, daß die deutschen Gewerkschaften eine andere, keine so reformistische, sondern eine revolutionäre Politik einschlagen müßen, wenn sie der Arbeiterklasse zum Sieg über die Kapitalisten verhelfen sollen.**

Andererseits würde der Bericht auch jenen revolutionär gesinnten Arbeitern, die den Einfluß der Reformisten durch die Gewerkschaften geflissentlich unterschätzen, beweisen, wie notwendig es ist, daß jeder Revolutionär in diese Massengewerkschaften arbeitet, um die darin vereinigten Arbeitermassen zu revolutionieren. Die revolutionären Arbeiter müssen aus dem Bericht die Lehre ziehen, daß die kommunistische Propaganda in den Gewerkschaften verzehnfacht werden muß um aus ihnen endlich Klassenkampforganisationen im Dienste der Revolution zu machen.

Der Steuerskandal.

Die soeben erschienene Uebersicht über die Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 1924 zeigt wiederum, wie die Belastung der Arbeiter durch Steuern immer mehr wächst.

Im ersten Halbjahr 1924 und besonders im Monat September wurden an Lohnabzug und indirekten Steuern, Zöllen usw., die alle von den breiten Massen getragen werden, aufgebracht:

	September	1. Halbjahr 1924
	(in 1000 Goldmark)	
Lohnabzug:	113 465	592 449
Umsatzsteuer	144 965	862 958
Zölle, Verbrauchssteuer	124 181	645 531
	382 611	1900 933

An Steuern, die von den Besitzenden getragen wurden, gingen in derselben Zeit ein:

	September	1. Halbjahr 1924
	(in 1000 Goldmark)	
Einkommensteuer	55 481	404 759
Körperschaftssteuer	25 369	143 9[illegible]
Vermögenssteuer	28 310	178 2[illegible]
Erbschaftssteuer	2 257	8 [illegible]
Arbeitgeberabgabe	394	4 0[illegible]
Grundsteuer	8 756	51 556
Kapitalsteuer	16 190	80 51[illegible]
	135 767	871 605

Die Arbeitenden zahlten im ersten Halbjahr des Etatsjahres 1924 ungefähr das Doppelte an Steuern wie die Besitzenden, im Monat September ungefähr das Dreifache. Dieser Steuerskandal ist ohnegleichen!

Nicht die Lebenshaltung, sondern der Unternehmerprofit ist der Maßstab der Löhne.

Mit brutalem Zynismus stellt der Geschäftsführer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Meissinger, diese Richtlinie für die Lohnpolitik der Unternehmer in der „Ver[illegible]" vom 21. Oktober auf. In einem Artikel „Aktive Lohnpolitik" macht er folgende Ausführungen:

> „Heute kommt es mir vielmehr darauf an, erneut vor aller Oeffentlichkeit darzulegen, weshalb die deutsche Wirtschaft im gegenwärtigen Zeitpunkt trotz der in der Preisbewegung zu beobachtenden Unruhe ihre **derzeitigen Löhne nicht nach den Lebenshaltungskosten richten kann, ja, daß eine aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften, die ihren Ausgangspunkt in den Lebenshaltungskosten und dem Index [illegible] nimmt, für uns überhaupt heute schlechthin undiskutabel sein muß."**

Die Ergänzung dazu liefert die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" in ihrer Nummer vom 19. Oktober, in der sie von der Regierung verlangt, daß sie dazu beiträgt, „um nicht etwa nur eine Stabilisierung sondern sogar den Abbau der Entlohnung zu fördern". Herunter mit den Löhnen, das ist die Parole der Erfüllungspolitik der Bourgeoisie, ihres Feldzuges zur Abwälzung der Kosten des Dawes-Planes auf die Arbeiterschaft. Der Unternehmer-Geschäftsführer droht ganz unverhohlen mit neuer Produktionssabotage. Er schreibt, daß **„ein gewaltsames Hinaufdrücken des Lohnes zu weiteren Betriebsstillegungen führen muß, da Preiserhöhungen angesichts der Wettbewerbslage nicht in Frage kommen."**

Die Arbeiterschaft erkennt daraus, daß die Unternehmer nur im rücksichtslosesten, mit allen Mitteln geführten Kampf in einheitlicher, breitester, geschlossener Massenfront unter Einsatz aller Kräfte und Kampfmittel der Arbeiterschaft zu einer Erhöhung der Löhne gezwungen werden können. Die Haltung des ADGB zu dem Gothaer Kampfprogramm dagegen bedeutet die direkte Auslieferung der Arbeiterschaft an die Unternehmerbrutalität, bedeutet die Verhinderung jedes ernsthaften Kampfes und beweist den Arbeitern aufs neue, daß der Weg zum Erfolg nur möglich ist unter gleichzeitigem schärfsten Kampf gegen die Saboteure des Kampfes und das nackte Leben. Die schlimmsten Feinde der Arbeiter sind die Reformisten, die die Arbeiterfront zerreißen und der Unternehmeroffensive, damit freie Bahn zur Unterdrückung der Arbeiterklasse schaffen.

Für die gewerkschaftliche Einheit.

SPD.-Arbeiter für Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen

Eine am 16. 10. 1924 im „Bayrischen Hof" zu Limbach einberufene Betriebsversammlung der Fa. Max Wünschmann Limbach-Rußdorf, nahm nach einem Referat des Geschäftsführers der neuaufgemachten Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes über das Arbeitszeitgesetz und Gegenausführungen eines Kollegen vom Verband der ausgeschlossenen Textilarbeiter einstimmig eine Resolution an, in der auf die Gefahren des Dawes-Gutachtens für die Arbeiter hingewiesen und die Notwendigkeit einer geschlossenen Arbeiterfront dagegen betont wird. Deshalb fordert die Belegschaft den Zentralvorstand des DTV. auf, sofort alle ausgeschlossenen Einzel-Mitglieder und die ausgeschlossenen Filialen wieder in den DTV. aufzunehmen.

Betrieb und Werkstatt

Bruchmeister Schwarzer in Firma Schall, Strehlen

ist ein Antreiber erster Güte.

Eines Tages kommt bei uns ein Hilfsarbeiter 10 Minuten zu spät zur Arbeit. Er geht zu obenbenanntem Meister, der ihn bis zum Frühstück nicht arbeiten läßt. So versäumt der Familienvater 2½ Stunde. Außerdem hat der Kerl den Familienvater noch um eine halbe Stunde betrogen. Aber nicht genug mit solchen Methoden. Der Antreiber Schwarzer hat schon wieder oft Kollegen entlassen und geschlagen.

Wir haben noch ein neugebackenes Meisterlein, das noch Hornschwielen vom Hammerschwingen hat, aber man darf ihn schon nicht mehr mit „Du" anreden.

Einige Arbeiter.

Die Todes-Grube.

Auf der Königin-Luise-Grube scheint das Antreiber-, Prämien- und Sparsystem der neuen preußischen Aktiengesellschaft seltsame Blüten zu treiben. Der gefürchtete blaue Wagen mit dem Samariterkreuz scheint überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommen zu wollen. In der Montag-Nachmittagschicht ist der 18jährige Füller Reinhold Kullik aus Kurzendorf am Pochhammerflöz auf dem Westfelde durch Einstürzen von Kohlenmassen tödlich verunglückt. Am Dienstag, Vormittagschicht, ist der 20jährige Füller Georg Koslowski aus Zaborze-B. im Schuckmannflöz auf dem Ostfelde durch einstürzende Kohlenmassen erschlagen worden.

Das ist der sechste tödliche Unfall in sieben Wochen auf Königin-Luise-Grube. Auf einer Schachtanlage z. B. sind auf einem einzigen Pfeiler in einer Woche drei Häuer schwer verunglückt. Sechs Tote in sieben Wochen. Hierzu kommt noch die erschreckende Zahl der Schwerverletzten. Die neue preußische Aktiengesellschaft kann für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, daß sich der „Abbau der Bergleute" dank ihres kapitalistischen Prämiensystems von selbst vollzieht. Neben den unglücklichen Opfern ihres schweren, schlecht bezahlten Berufes scheint auch die Bergpolizei „sanft in Frieden zu ruhn".

Aus der Provinz

Die Auslegung der Stimmlisten.

Der Reichsinnenminister hat bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkarteien für die Reichstagswahl vom 16. November bis einschließlich 23. November 1924 auszulegen sind. In Preußen werden die Listen mit Rücksicht auf die Regelung im preußischen Wahlverfahren vom 15. bis einschließlich 22. November ausgelegt. Näheres über Ort und Zeit der Auslegung geben die Gemeindebehörden bekannt. Einsprüche gegen die Stimmlisten müssen bis zum Ablauf der Auslegungsfrist erhoben werden. Wählen kann nur wer in die Stimmliste eingetragen ist oder bei Abwesenheit vom Wohnort am Wahltage einen Stimmschein sich rechtzeitig ausstellen ließ.

Massenvergiftungen in Görbersdorf.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Otto Meier berichtet von dem Untersuchungsergebnis der Massenvergiftungsaffäre in der Brehmerschen Heilanstalt vom 13. Juli d. J.

Der wesentliche Teil des Berichts, den wir nachstehend bringen, ist so unerhört, daß bisher nicht einmal die „Volkswacht", „Bergwacht" u. a. sozialdemokratische Zeitungen wagten, ihn ihren Lesern vorzusetzen, um nicht das zu widerrufen, was sie seinerzeit selbst geschrieben haben.

Der Bericht lautet auszugsweise wie folgt:

„Nach allem ist festzustellen: Die Vergiftungen von Görbersdorf sind weder durch Fahrlässigkeit (!) noch durch Unsauberkeit (!) entstanden. Irgendein widriger Zufall, das Zusammentreffen widriger Umstände rief eine Infektion hervor, die vier Todesfälle hervorrief. Aber wer hat das Mittel, das ein für allemal gegen Zufälle schützt? Selbstverständliche Pflicht der Anstaltsleitung scheint mir zu sein, nunmehr alles zu tun, um durch möglichst gute Ernährung die Folgen der Krankheit auszugleichen.

> **Daß es mit der Ernährung in allen Heilanstalten heute nicht sonderlich gut steht, ist bekannt, und wohl auch aus den Verhältnissen heraus zum Teil begreiflich.**

Aber dieser Punkt steht heute nicht zur Debatte. Die Brehmerschen Heilanstalten in Görbersdorf haben Pech gehabt. Es wäre zu bedauern, wenn der Ruf dieser Anstalt durch den Vorfall dauernd beeinträchtigt würde."

Kein Wort enthält der Bericht, daß die Heilanstalt verpflichtet wurde, den Patienten vollen Schadenersatz zu leisten.

Kein Wort ist erwähnt, daß dafür gesorgt wurde, daß die Ernährung verbessert ist.

Kein Wort wird gesagt, daß die Reichsversicherungsanstalt von der Anstaltsleitung eine bessere Behandlung ihrer Patienten verlangte.

Der amtliche Aktenstaub soll nun über die Affäre gelegt werden, über die sich seinerzeit mit Recht die Arbeiter- und Angestelltenschaft empörte. Schon vom ersten Tage an, versuchte man diesen unerhörten Skandal zu vertuschen. Dann mischten sich die Behörden ein, fabrizierten ein günstiges Untersuchungsergebnis nach dem anderen, um die Oeffentlichkeit zu beruhigen. Die Anstaltsleitung mit ihrem bösen Gewissen ließ kein Mittel unversucht, um die überlebenden Patienten von der Oeffentlichkeit zu isolieren.

Jetzt hat die Anstaltsleitung erreicht, was sie wollte: Der Profit ist nicht gefährdet. Mehr wollte auch der sozialdemokratische bürgerliche Landtagsabgeordnete Meier nicht, wenn er sagt: „Es wäre zu bedauern, wenn der Ruf dieser Anstalt durch den Vorfall dauernd beeinträchtigt würde."

In der Görbersdorfer Affäre wie im Stadtbankskandal Waldenburg und in allen anderen Affären, zeigt sich die Bourgeoisie als das, was sie ist, ein Haufen Unrat. Die Kommunisten werden diesen sozialdemokratisch-bürgerlichen Mist beseitigen.

Die Folgen des Kapitalismus.

Die Segnungen der Inflation.

Am Sonnabendabend wurden in das Liegnitzer Landgerichtsgefängnis, zwei Personen, Mutter und Sohn, die 45jährige Frau Berta Hamann, geb. Hielscher, und deren Sohn, der 25jährige Bäckermeister Hamann, beide aus Bärsdorf-Trach, Kreis Goldberg-Hainau unter dem Verdacht des Mordes eingeliefert. Im Sommer vorigen Jahres vermittelte ein Liegnitzer Grundstücksagent den Verkauf eines Bäckereigrundstücks in Bärsdorf-Trach an eine dreißigjährige Witwe Sliwa aus Josephsdorf bei Hindenburg, die dort ihre Ausweisung zu gewärtigen hatte und sich in hiesiger Gegend ansiedeln wollte. Verkäufer war der Landwirt und Bäcker Hamann, mit dem ein Kaufvertrag abgeschlossen wurde. Der Kaufpreis betrug 200 Millionen Papiermark. Hamann empfing die neue Käuferin mit aller Freundlichkeit und machte ihr, von seiner Mutter unterstützt, den Vorschlag, doch zunächst einige Tage versuchsweise auf ihrem neuen Besitz zu bleiben. Frau Sliwa willigte ein und bezog für die Dauer ihres Aufenthaltes eine neben Hamanns Schlafzimmer gelegene Stube. Zwischen der Witwe und dem ledigen Hamann entstanden schnell vertrauliche Beziehungen. Am vierten Tage reiste die Witwe Sliwa angeblich zurück zu ihren Eltern, kam aber dort nicht an. Ihre Eltern setzten sich mit der Gendarmerie in Verbindung deren Ermittlungen jedoch resultatlos blieben. Durch das Eingreifen der Kriminalkommissare ist nun mit aller Gewißheit ermittelt, daß Hamann

seine Geliebte damals im Backofen verbrannt

und seine Mutter davon gewußt hat. Als Motiv der Tat wird angenommen, daß dem Hamann der Verkauf des Hauses leid geworden war, weil das Geld in der Inflationszeit immer mehr an Wert verlor und weil er im Besitz des Hauses bleiben wollte. Entweder hat nun Hamann die Witwe ermordet und verbrannt, oder in einer Liebesnacht im Affekt getötet. Der Gedanke liegt nahe daß er Heiratspläne gehabt hat, um sich auf diese Weise das Grundstück zu erhalten, daß aber Frau Sliwa abgelehnt hat.

Die Großbourgeoisie kämpft mit allen, auch den verbrecherischsten Mitteln, um ihren Besitz zu erhalten, und zu vergrößern. Der schon sexuell anormal und verbrecherisch veranlagte Landwirt wollte ebenfalls nicht arm werden. Er handelte ebenso wie der rücksichtslose Großindustrielle nach dem Wahlspruch: „Lieber mit verbrecherischen Mitteln mein Vermögen erhalten, als arm zu werden."

Neues von Dittersbach städtisch.

— Richtigstellung. Bleil war nicht verschwunden bevor der Kassenrevisor kam, sondern Bleil verschwand am anderen Tage. Er hat sich bereits in Dresden selbst gestellt. Auffallend war es, daß nicht ein Bericht über Bleil im „Landeshuter Stadtblatt" erschienen ist. Na wir wissen ja Bescheid, daß Telephon leistet doch gute Dienste, nicht wahr? Ja, ja, die Kommunisten wissen alles!

— Das Heimatsfest usw. ist vorüber, aber im kleinen Stile wird weiter gefestet. Dieses Fest hatte den Zweck, ein Grundstock zur Anschaffung eines Denkmals für die Gefallenen endlich zu schaffen. Herr Badelt, Gemeindevorsteher, ist der Leiter und Vorsitzende der ganzen Sache. Was ist das für ein Mann? Vor längerer Zeit, als ein Kriegskrüppel bei ihm betteln war sagte er: „Ja mein Lieber, ich habe alleine nichts", aber ich werde Ihnen eine Mark aus der Gemeindekasse geben. Proleten, so sehen die Herren von der anderen Seite aus. So einer wollte gar noch Amtsvorsteher werden, das Schicksal bringt es anders, der Amtsvorsteher wird jedenfalls ins Wasser fallen.

Beim Heimatfest, so, wie trat die teutsche Turnerschaft auf, im Festzug, auf dem Festplatz, und etliche Mitglieder beim Spielen der Rütliszene (aus Wilhelm Tell), und sieht man die teutsche Turnerschaft einmal genau an, wo bleibt da die Freiheit, das ehrliche Vorwärtsstreben usw. Den Beweis sieht man ja an [illegible] Bleil, der jetzt hinter Schloß und Riegel sitzt, weil er Staatsgelder unterschlagen hat. Arbeiter, hier seht Ihr es! Kein bürgerliches oder „Bergwacht"-Blatt schreibt über solche Zustände. Ja, gegen Arbeiter, da können sie nicht genug schmieren.

Unterschlagungen eines SPD.-Amtsvorstehers.

Kein Wort meldet die „Bergwacht" oder die „Volkswacht" davon, daß der Hauptlehrer und frühere Amtsvorsteher Vormann aus Ingramsdorf wegen Unterschlagung von Geldern, die er als Zulagrente Kriegshinterbliebenen, als den Aermsten der Armen, auszahlen sollte, bestraft worden ist. Weitschen-Wierlich hat ... würdiges Gegenstück erhalten. Das sind die Blüten der „völkerbefreienden" Sozialdemokratie.

Opfer der Autoraserei.

— Der Postkutscher Klose in Glogau wurde von einem schnellfahrenden Auto umgefahren und mit schweren Verletzungen liegen gelassen. Das Auto fuhr davon.

— Ein mit übermäßigem Tempo fahrender Kraftwagen, der aus Görlitz stammen soll, überfuhr im nachbarlichen Groß-Hennersdorf einen Kriegsinvaliden, der sich nicht in normaler Weise fortbewegen konnte. Er starb alsbald, da er einen schweren Schädelbruch und andere Verletzungen erlitten hatte. Die Autofahrer ließen den Unglücklichen rücksichtslos liegen und sausten wie besessen nach Zittau weiter. Das sind die christlichen Herren, die nur das Volk ausbeuten können!

Vor einigen Tagen wurde der Berghauer Richard Hoffmann in Langwaltersdorf von dem Personenauto Nr. 10982 überfahren und sehr schwer verletzt. Er wurde sofort in das Knappschaftslazarett geschafft. — Das ist seit einigen Tagen in Langwaltersdorf der zweite Unglücksfall. Die Arbeiter sollten mal einigen von den so schnell fahrenden Autoinsassen proletarisch die Meinung sagen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Auf der Rubengrube, Neurode verunglückte der Bergmann Weidler aus Kohlendorf zu Tode. Er kam mit dem Kopfe zwischen zwei Wagen, die ihm den Kopf zerquetschten, so daß der Tod bald eintrat.

Im Eugen-Schacht, Waldenburg, wurde der achtzehnjährige Schlepper Reimann von einem herunterfallenden Kohlenstück so schwer getroffen, daß er sofort tot war.

Breslau

Achtung! Probe § 218. Achtung!

Montag den 27. 10. bei Baudach, Frankfurter Str. 117

3. Bild 7 Uhr
1. Bild 8 Uhr
2. Bild 9 Uhr.

Dienstag, den 28. Oktober, abends 7,30 Uhr, im Zentralballsaal, Weidendstraße 52:

Thema: Unter der Elendpeitsche der Dollarkönige.

Genossen, sorgt für Massenbesuch.

KPD., Ortsgruppe Breslau.

In Breslau dagegen — in Waldenburg dafür.

In der letzten Breslauer Stadtverordnetensitzung haben die Sozialdemokraten gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft für möblierte Räume gestimmt.

In Waldenburg ist das anders. Dort ist der Wohnungsdezernent selbst Sozialdemokrat. Dieser Mann hat einen Bericht über den Stand des Wohnungsmarktes im Bereich der Stadt Waldenburg verfaßt. In diesem sagt er wörtlich:

„Für möblierte Zimmer und Schlafstellen ist die Freigabe in Aussicht gestellt."

In Breslau können sich die Sozialdemokraten den Luxus der ablehnenden Haltung leisten, weil kein Sozialdemokrat Wohnungsdezernent ist.

In Waldenburg spricht der sozialdemokratische Wohnungsdezernent von teilweiser Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Besser können wir dem sozialdemokratischen Arbeiter nicht beweisen, daß die SPD.-Führer nur demagogische Politik und keine Arbeiterpolitik betreiben. Wo bleibt der Bastion unserer Ueberzeugung, den Herr Mache so gern anschlägt?

Die Eingemeindung Deutsch-Lissas.

Von amtlicher Seite wird mitgeteilt:

Nach mehrmonatlichen Verhandlungen hat die Gemeindevertretung Deutsch-Lissa dem Eingemeindungsvertrage mit der Stadt Breslau zugestimmt. Deutsch-Lissa, das in wirtschaftlicher Beziehung längst eine Einheit mit der Stadt Breslau bildet, wenn es auch noch durch einige ländliche Gemeinden von der städtischen Weichbildgrenze getrennt liegt, hat damit zum Ausdruck gebracht, daß es in der Vereinigung mit Breslau die beste Gewähr für eine gesunde Entwicklung sieht. Widerstreitende Interessen sind nicht vorhanden; die Vereinigung wird sicher beiden Gemeinden und ihrer Bevölkerung zum Segen gereichen.

•

Die Bodenspekulanten werden das größte Geschäft dabei machen. In den zwischen beiden Gemeinden liegenden Orten wird sich der Bodenwucher am meisten breitmachen.

Achtung! Mieter!

Wie setzt sich die gesetzliche Miete zusammen?

Durch Verordnung des Wohlfahrtsministeriums vom 25. Juni 1924 beträgt die gesetzliche Miete für Preußen 66 Prozent. Diese Miete soll sich wie folgt zusammensetzen:

5 Prozent für Verwaltung und Verzinsung.
15 Prozent für Betriebsunkosten.
15 Prozent für laufende Instandsetzungsarbeiten. (Evtl. 4 Prozent Abzug für Schönheitsreparaturen, wenn sie vom Mieter selbst ausgeführt werden).
7 Prozent für große Instandsetzungsarbeiten.
24 Prozent Hauszinssteuer.

Sa. 66 Prozent

Für November

beträgt die Miete (wie im Vormonat) 66 Prozent der reinen Friedensmiete.

— Die „Verbilligungsaktion". Der Milchpreis beträgt ab heute 30 gegen 29 Pfg. von vorher.

Aus der Geschäftswelt

— Singspielhalle Oberbayern. Die Leipziger Weber-Sänger gastieren heute den letzten Sonntag mit ihrem seit Mittwoch neuen glänzenden Programm, welches direkt Stadtgespräch geworden ist. Anfang: nachmittag 4 Uhr (halbe Preise) abends 8 Uhr. Zeitig kommen, guter Platz.

Verantwortlich für den gesamten Text: Rudolf Belke, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau; Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Filiale Breslau.

Theater

Sonntag, 26. 10. 1924:
Stadttheater
Nachmittags 4 Uhr: „Die Weinprobe", „Kutter Schroeder", „Seine Schwester."
Abends 7 Uhr: „Das Rheingold."
Abends 10 Uhr: „Der Kater Poeel."
Lobetheater
„Sechs Personen suchen einen Autor."
Thaliatheater
„Der Herr Verteidiger."
Schauspielhaus
„Drei alte Schachteln". „Der süße Kavalier".
Liebich-Theater
Varieté-Vorstellung.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Heute u. täglich 8 Uhr:
„Der süße Kavalier"
Sonntag nachm. 3½:
„Drei alte Schachteln."
Von Mont., d. 27. bis Freitag, den 31. Oktb.:
Gastspiel des groß. russischen Balletts
„Sergei Diaghilew."

Achtung!
Billige Fahrräder
von 78.— Mk. an.
Reparaturen sauber und billigst.
Reparatur-Werkstatt
Gellhornstraße 22.

Singspielhalle Oberbayern
Gartenstraße 65.
Letzter Sonntag
die brillanten
Weber-Sänger
in ihr. seit Mittwoch neuen Programm
Die lustige Witwe
Ein Mustergatte
Anfang nachm. 4 Uhr (halbe Preise)
Abds. 8 Uhr

Thaliatheater
Heute bis einschl. Dienstag
Gastspiele
Erich Kaiser-Titz
in:
Der Herr Verteidiger
Mittwoch zum 1 Male
D-r Ehestreich

Leihweise elegante
Frack- und Rock-Anzüge
H. Mohaupt
Karlstr. 1, I. Tel. R. 1951, geg. Albrechtstr.

Amtl. Bekanntmachung von Gottesberg.

Die von den städtischen Körperschaften unterm 17. Oktober 1924 beschlossene

Gebühren-Ordnung I für den städtischen Schlachthof

zu Gottesberg liegt in der Zeit vom 27. Oktober bis 1. November 1924 im Magistrats-Büro — Rathaus Zimmer 9 — zur Einsicht aus.

Die Gebühren nach dieser Ordnung werden erstmalig am 28. d. Mts. erhoben und sind an dem auf den Schlachttag folgenden Werktag in der Stadthauptkasse zu entrichten.

Der Magistrat.
Dr. Gleitsmann. 1100

Wüstegiersdorf. Dienstag, den 28. Oktober cr., nachm. 7 Uhr im Gemeindesitzungssaale hierselbst

Öffentl. Sitzung der Gemeindevertretung

Die Tagesordnung kann im Gemeindeaushangkasten (Amtshausflur) eingesehen werden. Der Gemeindevorsteher.

Wo inseriert man am vorteilhaftesten?
Nur in der
Schlesischen Arbeiter-Zeitung.

Versammlungskalender

Breslau. Abrechnung für die Rote Hilfe Mittwoch und Sonnabend von 7 Uhr ab.

Zeitz. Sonntag, den 26. d. Mts., früh 9 Uhr, in der Gewerkschafts-Mitgliederversammlung ... um 8 Uhr. Ein Vertreter der B. L. ist anwesend. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Kommunistische Jugend

Breslau. Sonntag, den 26. Oktober, nachm. 3 Uhr Treffpunkt 2 Uhr, Weidenbaum, Margenhof. Gemeinschaftliche Feier.

Kommunistische Kindergruppe

Breslau ... Jeden Montag und Freitag Kindergruppe der Straße ... von 4—6 Uhr.

Amtliche Bekanntmachungen von Nieder-Hermsdorf.

Auf Grund der bestehenden Polizeiverordnung vom 1. 11. 1922 über das Meldewesen ist jede in der hiesigen Gemeinde zu-, ab- und umziehende Person verpflichtet, sich innerhalb 6 Tagen an-, ab- oder umzumelden. Diese Meldepflicht ist jedoch in letzter Zeit vielfach versäumt worden.

Zur Vermeidung von Bestrafung liegt es im Interesse jedes einzelnen, die unterlassenen Meldungen sofort nachzuholen. Dies ist schon deshalb dringend erforderlich, um bei der Aufstellung der Wahlkartei für die bevorstehenden Wahlen Unregelmäßigkeiten zu vermeiden.

Nieder-Hermsdorf, 22. Oktb. 1924.
Der Amtsvorsteher. 1101

Nächste öffentliche Gemeindeverordneten-Sitzung am Dienstag, den 28. Oktb. d. Js. nachm. 6 Uhr im Gemeindeverordneten-Sitzungssaale — Waisenhausschule —.

Die 9 Punkte umfassende Tagesordnung hängt im Amtshaus und im Ortsteil Fellh. Grenze im Aushangkasten aus.

Nieder-Hermsdorf, 22. Oktb. 1924.
Der Gemeindevorstand.

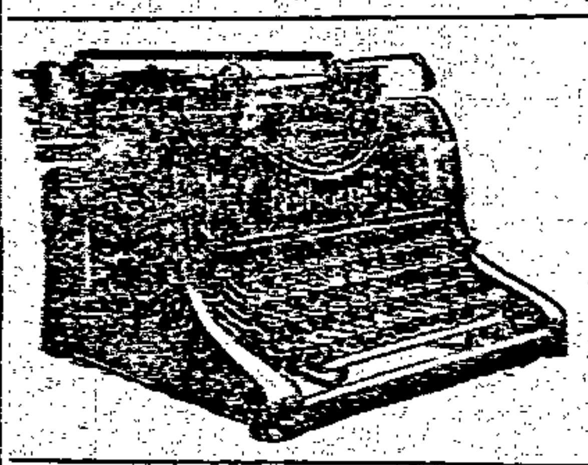
Betrifft Kirmesfeiern.

Laut landrätlicher Kreisblattverfügung vom 16. Oktober cr. ist die Abhaltung der Kirmesfeiern in diesem Jahre nur in der Zeit vom

4. bis 15. November cr.

zulässig.

Nieder-Hermsdorf, 21. Oktb. 1924.
bei Waldenburg i. Schl.
Der Amtsvorsteher.



Schreibmaschine Deutschland
mit Zweifarbband 925
erstklassig!
Bequeme Teilzahlung
(ganz geringe Anzahlung).
Verlangen Sie Prospekt Nr. 272.
J. Max Koch, Neustadt (Orla).

Togal — hervorragend bewährt bei: 1081
Gicht, Rheuma, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerzen.
Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Klinisch erprobt. — In allen Apotheken erhältlich.

Beachtet unsere Inserenten!

Einen neuen Leser, Genosse!

Arbeitsstiefel
Arbeitsschuhe
eigene Fabrikation zu Fabrikpreisen bei
Ucko
Zwickenstraße 9.
Vorzeiger dieses 5% Rabatt.

Damenhüte
Unerreichte Auswahl
M. Tichauer en gros en detail
Reuschestraße 47
Erstes Haus der Branche
Billigste Preise

Beachtet unsere Inserenten!

Wir empfehlen unsere
Buchdruckerei
zur Anfertigung und billigsten Preisberechnung von
Plakaten
Briefbogen
Rechnungen
Flugblättern
Programmen
Eintrittskarten
und alle anderen Drucksachen
✶
PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft
Berlin
Filiale Breslau
Trebnitzer Straße Nr. 50

B · R · E · S · L · A · U

Kaufer Nachf.
Breslau
Adalbertstraße 18
Telephon Ring 2166
Haus- und Küchengeräte
Eisen- und Stahlwaren

Textilhaus Liebe
Kupferschmiedestraße 15
Blusen, Kleider, Röcke, Unterröcke, Kinderkleider
Nur eigene Fabrikate

Kaufhaus am Dom
Empfehle alle Artikel für Haus und Küche
Luxus- und Spielwaren
zu ermäßigten Preisen.
Adalbertstraße 20
Herm. Sachs Nachf.

Enorm billig
kauft man in der
Schuh-Diele
Breite Straße 3
Ecke Weiße Ohle

Herz Stiefel
Schuhwarenhaus
Ludwig Herz
Blücherplatz 4

Schuhgeschäft
Herm. Rafai
Matthiasstraße 96
Preiswerte Arbeitsschuhe (Handarbeit), sämtliche Reparaturen preiswert und sauber. Große Auswahl in Pantoffeln, Haus- und Filzschuhen, Gummiabsätze und Gummisohlen

Hamburger eisenfeste Arbeits- und Berufsbekleidung
für Werft-, Hafen- und Bauarbeiter
Spezialität: Blaue Marine-Tuchhosen
Roßplatz Nr. 28